BØ

Jahrgang 3 Nr 43

26. 3. 93

zwei mäuse

Vorwort

Dies ist die vorläufig letzte Notausgabe der BZ. Ab der nächsten Nummer erweitert sich die Redaktion, wird u.U. der Name verändert, erscheint das Blatt womöglich nur noch monatlich ....
Am letzten Wochenende gab es beim "Vernetzungstreffen" in Magdeburg auch eine BZ-AG. Was dort beredet wurde, ist in nebenstehendem Artikel kurz zusammengefasst. Licht am Ende des Tunnels! Wie wir die Menge der Arbeit, die wir uns da alle gemeinsam über den Hals geladen haben, bewerkstelligen werden, könnt ihr dann ja - hoffentlich kritisch - verfolgen.
Die Auswertung unserer Fragebogenaktion könnt Ihr im nächsten Heft lesen.

In dieser Nummer sind wir erstmals dazu übergegangen, aus mehreren eingesandten Flugblättern einen Nachrichtenblock zusammenzustellen. Vor allem mit Hilfe der Leute vom SUBOTNIK IN L.A.. In diesem Zusammenhang viele Grüße und nochmal ganz öffentlich die Entschuldigung dafür, daß wir nicht alle Artikel, die wir von Euch übernommen haben, auch so kennzeichneten.

Zum Umzug des Mainzer Hofes in Erfurt wäre noch anzumerken, daß wir Euch in den letzten Tagen leider nicht mehr erreicht haben. Darum sind die Infos über diese Sache, die wir im Heft haben, leider auch nicht mehr auf dem letzten Stand der Dinge. Wir denken aber, daß sich daß bis zur nächsten Nummer geklärt hat. Für heute: schöne Grüße, war schön bei Euch, mensch sieht sich, oder spricht zumindestens am Telephon miteinander.

Mehr hätten wir momentan nicht zu sagen. Ihr kennt das ja vielleicht: Wenn die Diskussionen am intensivsten sind, können sich alle Beteiligten nur überraschen lassen. Wir hoffen, Ihr seid aufs nächste Heft genauso gespannt wie bisher - und wie wir.

So long.

Arbeitstitel: Zeitung für die besetzten Gebiete

Die Zeitungs-AG vom Ost-Vernetzungstreffen in Magdeburg gibt bekannt:
Leute aus den Städten Halle, Magdeburg, Guben, Saalfeld, Weimar, Rostock, Berlin, Potsdam, Stendal und Dessau sowie aus dem alten BZ-Kollektiv haben beschlossen:

1. Die BZ ist tot! Es lebe die Zeitung für die besetzten Gebiete! Dies ist nur ein Arbeitstitel, d.h. wir suchen nach einem neuen Namen. Falls euch was Tolles dazu einfällt, fänden wir es gut, wenn ihr uns dies über die untenstehenden Redaktionsanschriften mitteilen würdet. Die Zeitungsredaktion wird Ex-DDR-weit sein. Wir hoffen, daß sich noch Leute aus anderen Städten anschließen.
2. Die Erscheinungsweise ist monatlich, immer zu Beginn eines Monats.
3. Jede Ausgabe wird zunächst von Berlin und einer anderen Stadt zusammen gemacht. Berlin dehalb, weil hier die Briefkästen sind und weil Druck und Vertrieb erstmal weiter von dort gemacht werden müssen. Ein neues Vertriebssystem wird angedacht; es wäre gut, wenn sich einzelne Städte überlegen könnten, ob sie als Zwischenverteiler für andere Städte fungieren könnten.
4. Die Kohle: Obwohl es uns an Geld fehlt, haben wir keine Lust, die bisherige Zahlungsmodalitäten zu ändern, da das mit wesentlich mehr Arbeit verbunden wäre. Deshalb hier noch einmal der Aufruf an alle Gruppen und Einzelmenschen: Erhöht euere Zahlungsmoral!!!!
Nur so ist es in Zukunft möglich die Druckqualität zu verbessern.
5. Inhaltlich soll ein Mix aus aktuellen Sachen und jeweils einem Schwerpunktthema pro Ausgabe entstehen. Aktuelles kommt grundsätzlich als Nachrichtenüberblick, damit es nicht immer nur die übliche Flugblattsammlung gibt. Die Schwerpunkte werden von allen beteiligten Städten gemeinsam festgelegt. Damit sich möglichst viele Leute an der Diskussion zu diesen Themen beteiligen können werden sie zusammen mit den jeweiligen Redaktionsschlüssen immer rechtzeitig bekanntgegeben. Für ganz wichtige aktuelle Sachen können die Schwerpunkte ins nächste Heft verschoben werden. Außerdem wird es einen Terminkalender für nichtkommerzielle Veranstaltungen, wie Demos, Treffen, Konzerten, Feten, Vokūs usw. geben. Der kann aber nur dann existieren, wenn ihr uns immer rechtzeitig eure Termine bekanntgebt.
6. Nächste geplante Ausgaben:

	Thema	Redaktionsschluß
Mai	1. + 8.Mai	15.4.
Juni	Repression	20.5.
Juli	Antimilitarismus	24.6.

Unsere Redaktionsanschriften sind:

BZ c/o Bandito Rosso
Lottumstr. 10a
O-1058 Berlin

BZ c/o Infoladen Daneben
Liebigstr. 34
O-1034 Berlin



Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

inhalt

BESETZTE GEBIETE

Erfurt 5 - 9
Magdeburg 10 - 12
Dessau 13
Friedrichshain 14 - 15
Rostock 16

HUMOR 17

NACHRICHTEN 18 + 19

ANTIFA
Nachrichten 20 - 23
Nazi-Müller 24

REPRESSION
in Wiesbaden 25
in Heidelberg 25
in Bremen 26

AUSLAND
Prag 27 + 28
USA (Veranstaltungsreihe) 29

TERMINE/WERBUNG/AUFLÖSUNG 30 + 31

Redaktionsadresse: Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr.10a
O-1054 Berlin

Hausbesetzung in Erfurt

oder:

Vom Leben, das wir leben zum Leben, das wir lieben

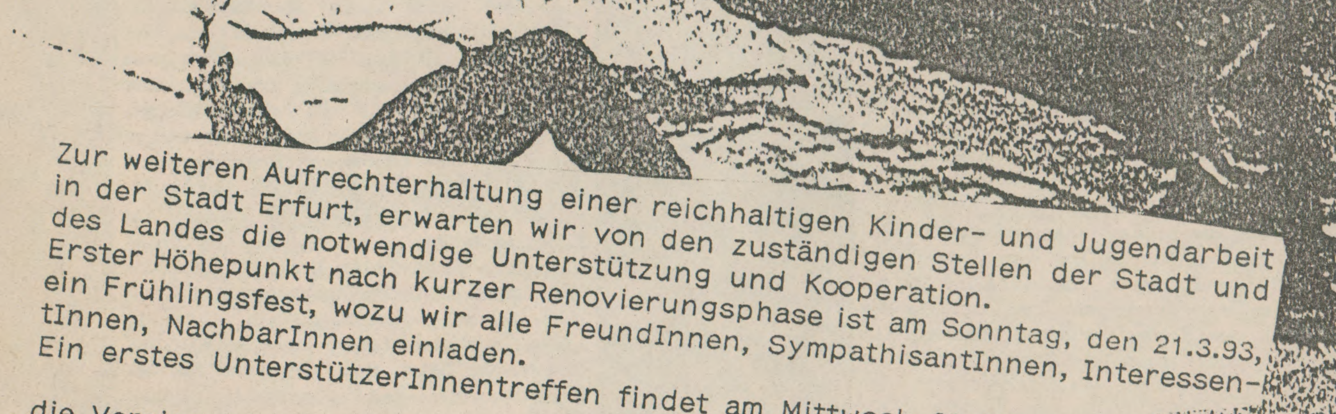
PRESSEERKLÄRUNG VOM 14.3.93

Neues Domizil für freie Träger der Jugendhilfe in Erfurt

Das Gerangel um neue Räumlichkeiten für einige gemeinnützige Vereine und Gruppen, die bisher im "Mainzerhof" tätig waren, hat nun ein Ende. Seit Juni 1992 werden die NutzerInnen des "Mainzerhofes" durch den Magistrat vertröstet. Die darin stattfindende Jugend-. Kultur und Kinderbetreuungsarbeit ist durch die Tatenlosigkeit des Magistrats gefährdet.
Am 13.3. haben die Initiativen gehandelt.
Ca. 50 Jugendliche organisierten am Morgen des 13.3. den Umzug in die Reichardsstrasse 9/10.
Durch Reprivatisierung ihrer Arbeitsgrundlagen beraubt, wurden selbst neue bisher ungenutzte Möglichkeiten erschlossen, um kontinuierlich die bisherige Arbeit fortzusetzen.
In eigenständiger Umsetzung des Ratsbeschlußes vom Juni 1992, werden seit dem 13. März 1993, die schon mehrere Jahre leerstehenden kommunalen Räume in der Reichardstrasse 9/10 (ehemaliges REHA-Internat) genutzt.
Hier ist ausreichend Platz für eine vielfältige Arbeits- und Angebotsstruktur, die einer offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gerecht wird.

Träger sind folgende Vereine und Gruppen :

- Kindervereinigung e.V., Kulturförderverein e.V.,
- Aktionskreis für den Frieden e.V.,
- DFG-VK, Jugendzeitung,
- Info/Leseladen,
- Junge Erfurter Nachwuchsbands,
- Junge Erfurter KünstlerInnen,
- Ausländische MitbürgerInnen,
- Werkstätten (Foto/Video/Fahrrad/Holz).



Zur weiteren Aufrechterhaltung einer reichhaltigen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Erfurt, erwarten wir von den zuständigen Stellen der Stadt und des Landes die notwendige Unterstützung und Kooperation.
Erster Höhepunkt nach kurzer Renovierungsphase ist am Sonntag, den 21.3.93, ein Frühlingsfest, wozu wir alle FreundInnen, SympathisantInnen, InteressentInnen, NachbarInnen einladen.
Ein erstes UnterstützerInnentreffen findet am Mittwoch 20 Uhr statt.

die Vereine und Gruppen des Kinder- und Jugendprojektes in der Reichardstrasse 9-10

Geschichte des Mainzer Hofs

ein Aktivist erzählt

Die ganze Sache ist ein "Wendekind". Da ham sich ein paar Leute zusammengesetzt und meinten, sie bräuchten ein eigenes Haus, wo Leute kulturell und künstlerisch arbeiten können und ne eigene Kneipe brauchen wir auch, weil die anderen alle um 12 zumachen. Ne ganz simple Sache ist das gewesen.

Anfangs waren wir zu zweit gewesen, als wir das beschlossen haben. Wir hingen damals in den ganzen Sachen, Neues Forum und so drin. Also, wir ham uns ziemlich stark politisch engagiert, auf der offiziellen Schiene und auch inoffiziell, die eigenen Kisten noch gefahren. Wie gesagt, dann sind wir auf die Idee gekommen so ein Gebäude zu gestalten. Wir sind rein ins Haus, zu zweit, zu dritt, ham uns die Räumlichkeiten angeschaut, gesagt, o.k., das machen wir. Dann haben wir eine Konzeption dazu geschrieben und an die Stadt herangetragen und da kamen wir irgendwie mit durch, wohl weil das in die Zeit von diesem Interimsparlament fiel. Es wurde eine Gewerberaumzuweisung ausgestellt. Weil wir uns damals aber das ganze Haus finanziell nicht leisten konnten, haben wir uns eine Mischform überlegt, d.h. halb legalisiert, halb besetzt. Wir ham also mit der KoWo fürs Erdgeschoß Gewerbemietverträge abgeschlossen, um einen legalen Fuß im Haus zu haben und die anderen Etagen haben wir sozusagen okkupiert. An uns hat sich nie wieder jemand gewandt und wir uns auch nicht an die.

Und dann haben wir Leute gesucht, ham gefragt: wollt ihr das hier mitmachen, wollt ihr hier künstlerisch arbeiten, Musik machen, Theater machen. Es sollte also kein Wohnprojekt werden, sondern ein reines Arbeitsprojekt, wo Leute ihre kreativen Adern ausspinnen, ausleben können.

In der Anfangszeit waren wir dann so 10 Leute, alle sehr unterschiedlich motiviert, manche ham sehr viel gemacht, andere weniger, waren aber trotzdem präsent und konnten da auch ein Stück für sich von zehren. Die Leute sind sehr unterschiedlich an die Sache herangegangen. Es gab Leute, die wollten künstlerisch arbeiten, andere wollten politisch was machen und noch andere sind da mehr kulturell rangegangen, Kneipe machen und Veranstaltungen. Ich persönlich hab das für mich eher so gesehen, daß ich ein Atelier zum Malen gebraucht hab.

Ja, und die politisch anarchistische Schiene, die gab es auch. Das waren zwar nur relativ wenig Leute, aber inhaltlich waren die so stark und geradlinig, daß sie die Politik des Hauses bestimmen konnten. Man kann nicht sagen, daß der Großteil der Leute politisch motiviert war, das kam eher so aus dem Gefühl raus, hatte wohl viel mit der Aufbruchsstimmung in der "Wende" zu tun.

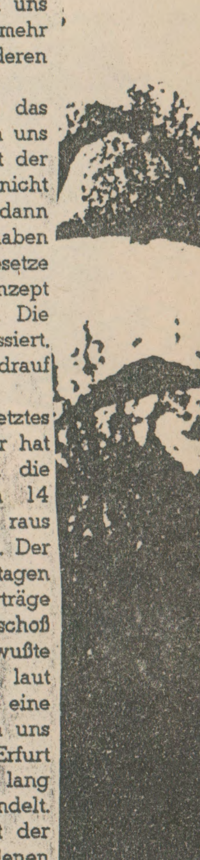
Es gab also die drei Ebenen: künstlerisch, politisch und kulturell.

Und das lief dann auch eine zeitlang hervorragend. Vom Mainzer ging eine starke politische Haltung aus; er hat das Stadtgeschehen mit beeinflußt, auch kulturell, weil ständig Bands gespielt haben und weil die Kneipe Anlaufpunkt war. Und ansonsten konnten wir im Haus eh machen, was wie wollten. in den nächsten 2 Jahren ist die sache immer weiter angewachsen. DfG-Leute, Künstler, Musiker und die Kindervereinigung haben sich um Räume bemüht und sie auch bekommen, die ham hier alle eine Heimstatt gefunden. Letzten Sommer ist dann auch noch der Infoladen dazugestoßen. Wir wollten ein anarcho-integratives Projekt sein und ham uns natürlich die Leute ausgesucht, die wir wollten. Wir ham auch immer perspektivisch gedacht, also auf den Erhalt des Projektes hin, und ham auch immer Leute gesucht, die uns Schutz bieten können, vor allem die Kindervereinigung, also Gruppen, die eine Pufferfunktion haben, also weniger angreifbar sind.

Nach 1 1/2 Jahren kam dann schlechte Stimmung auf, wir ham uns gestritten, die ganze Kneipensache ging uns auf den Geist. Es haben immer mehr Kneipen aufgemacht, die Leute ham immer mehr gesoffen und keine Ansprüche mehr gestellt. Das hat sich dann auf unser Gemüt gelegt. Wir ham uns gesagt, Scheiße, mit den Leuten is nix mehr los; wir sind nur noch dazu da deren Gefühl und sonstwas zu befriedigen.

Ja, und dann deutete sich an, daß das Haus reprivatisiert werden soll. Wir ham uns dann gleich an die Stadt gewandt mit der Anfrage, ob der Antragsteller nicht entschädigt werden könnte. Das ging dann ein viertel Jahr hin und her, wir haben Rechtsanwälte befragt, Entschädigungsgesetze vorgekramt und mal wieder ein Konzept eingereicht, wie es weitergehen kann. Die Stadt hat das nicht die Bohne interessiert, die ham sich überhaupt nicht drauf eingelassen.

Der Reprivatisierung wurde dann letztes Jahr im März stattgegeben. Der Besitzer hat uns sofort durch seinen Rechtsanwalt die Kündigung geschickt. Innerhalb von 14 Tagen, zum 30. April 92, sollten wir raus sein, weil wir unrechtmäßig drin seien. Der hat das immer auf die oberen Etagen bezogen, weil wir dafür keine Mietverträge hätten und den Mietvertrag fürs Erdgeschoß würde er auch sofort streichen. Der wußte nicht, daß sowas nicht geht, auch laut Einigungsvertrag, daß man so eine Geschichte nicht fahren kann. Wir ham uns dann auch mit einem Rechtsanwalt in Erfurt in Verbindung gesetzt. So ein Jahr lang haben wir dann mit denen verhandelt. Gleichzeitig liefen auch Gespräche mit der Stadt, wir ham versucht denen klarzumachen, daß wir innerhalb von nem halben Jahr oder von nam Jahr raus müssen aus dem Mainzer und ob sie uns nicht unterstützen könnten. Die offenste Unterstützung haben wir dabei noch vom



Kulturamt erfahren, die standen eigentlich immer hinter uns, ham uns gefördert. Der Dezernent vom Jugend- und Bildungswerk hat sich auch recht offen gezeigt und seine soziale Ader raushängen lassen. Das hat uns natürlich in den Kram gepaßt, weil wir die ganzen Sachen auch ein stückweit benutzen wollten.

Mit unseren ganzen Aktivitäten, Gesprächen und Rennereien ham wir es dann immerhin geschafft, daß am 17 Juni 92 ein Ratsbeschluß gefaßt wurde, daß wir ein Ausweichobjekt bekommen sollen, das den inhaltlichen Vorstellungen des Vereins entspricht und das unsere volle Arbeitsfähigkeit gewährleisten soll. Die halbe CDU-Fraktion war schon nach Hause gegangen, das war unser Glück. Wir scheinen sowieso unter einem glücklichen Stern zu stehen, das ist aber nicht zuletzt auf unsere konsequente Linie zurückzuführen. Muß wohl so sein.

Das Problem an der ganzen Sache war aber auch, daß gleichzeitig ein Zerfall des Gesamtprojektes begann, durch die ganze Perspektivlosigkeit eben. Und mit dieser Ankündigung, daß wir verschwinden sollen und mit der Vision, daß dann wahrscheinlich geräumt werden soll, da haben sich dann viele Gruppen und Einzelpersonen, die im Mainzer verkehrt sind, immer weiter vom Haus entfernt und damit auch von den Leuten, die das Haus ganz stark repräsentiert haben. Und irgendwann gabs dann keine Kommunikation mehr untereinander.

Im Januar war dann die endgültige Gerichtsverhandlung gewesen, wo wir uns auf einen Vergleich geeinigt haben. Der sah dann so aus, daß wir zum 30. April das Haus verlassen und der Besitzer es dann nutzen kann. Für uns war der Grund darauf einzugehen, daß wir gesagt haben, uns aus einem total kaputten Haus räumen zu lassen, und das wäre passiert, und das noch ohne Perspektive, das ist ziemlich dumm. Der Deal für uns an dem Vergleich war, daß der Besitzer an uns keine Ansprüche stellt. Es gibt Anschuldigungen von ihm, wir hätten z.B. Unmengen an Strom verbraucht, was ja auch stimmt, Aber, wenn ein Zähler nicht zählt ... . Da war auch ein Wasserrohrbruch und er wollte die Wasserrechnung bezahlt haben. Der wollte noch viel mehr haben und das war auch Verhandlungsgrundlage. Wir hatten zwar nur die unteren Räume angemietet, der Besitzer bezog sich aber immer aufs ganze Haus. Letztendlich war es aber doch das Klügste sich auf diesen Vergleich einzulassen, weil es auch klar war, im Mainzer Hof noch was zu machen, hieße eine Unmenge an Zeit, Geld und alles Mögliche reinzustecken. Für uns war dann einfach die Überlegung: Wir lassen uns doch lieber aus einem topchicen Haus räumen, als aus dieser Bruchbude.

Mit diesem Ratsbeschluß im Hintergrund und den Erfahrungen mit dem Mainzer wars für uns dann auch klar, daß wir als nächstes kein Privathaus mehr nehmen werden, sondern ein kommunales oder ein Treuhandhaus.

Uns ist natürlich auch klar, daß wir mit dieser Besetzung den Ratsbeschluß auch so ein bißchen aufs Spiel setzen, daß wir die dann nicht mehr so ranziehen können. Na ja, letztendlich war der Ratsbeschluß sowieso nur ein Patzer, die wollten uns gar nicht helfen. Der OB hatte sich damals gegen uns gewandt und gesagt: "Ich hoffe, den Abgeordneten ist klar, daß der Magistrat hiermit in die Pflicht genommen wird, ws ich nicht gut heiße." Von den Leuten hatten wir nix zu erwarten und wenn die eben so ne Schweine sind, dann können wir jetzt auch nur noch mit moralischen Instanzen arbeiten und besetzen.

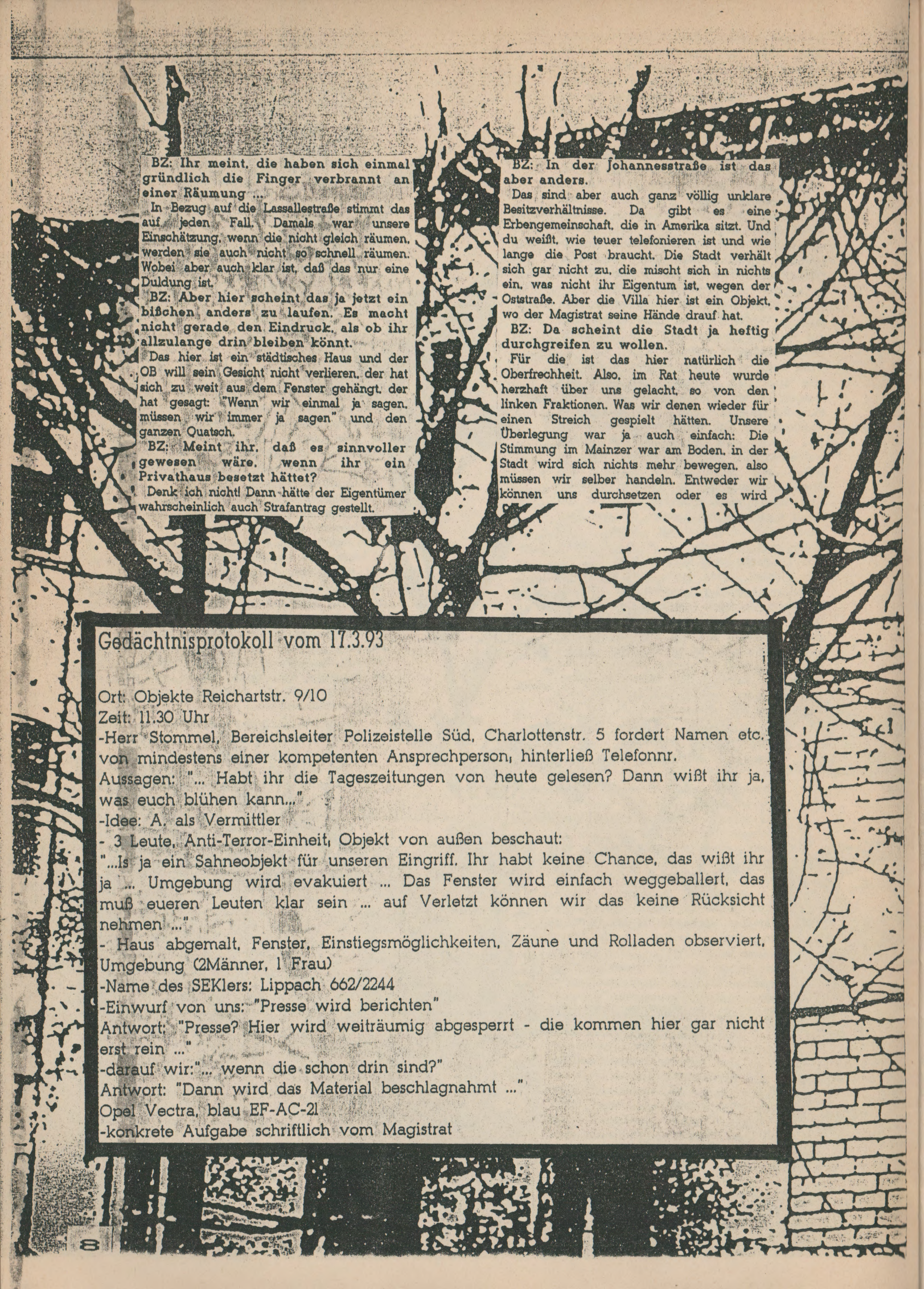
Interview mit 2 BesetzerInnen

BZ: Ihr seid ja hier anscheinend einigermaßen bekannt. Es ist ja schon eine ganze Menge an Presse dagewesen.

Ja, wir haben halt viel gemacht in der Vergangenheit. Und seit Sonntag machen wir auch eine offensive Pressearbeit. Wir waren auch vorher schon immer ganz gut in der Presse, wir sind halt der Mainzer Hof. Ich denke, daß der Mainzer Hof schon immer eine klare politische Linie gafahren hat und nicht sone Wischi-Waschi-Geschichten.

BZ: Ihr habt gesagt, der Bürgermeister ist ein Schwein und nun droht auch gleich ein SEK-Einsatz, obwohl das ja bei einem solchen Haus völlig unnötig ist.

Vor 2 Jahren gab es schon mal eine SEK-Räumung hier in Erfurt. Das war aber gar kein besetztes Haus, nur 2 besetzte Wohnungen, wo Punx drin gewohnt haben und dann noch 2 legale Wohnungen in dem Haus in der Oststraße. In der Nachbarschaft haben sich Leute beschwert, da würde zu laute Musik laufen und da würden nur assoziale Leute drin wohnen, irgendwelche Punx und linke Chaoten. Daraufhin hat der Bürgermeister in Absprache mit seinem Sicherheitsdezernenten Notnagel veranlaßt, daß das Haus zu räumen wäre. Ohne Ankündigung haben die angegriffen und auch die legalen Wohnungne geräumt. Daran ist dieser Sicherheitsdezernent damals auch gestolpert. Das ist ein Trauma in dieser Stadt, was den Vorteil hat, daß die Lassallestraße und die Johannesstraße noch nicht geräumt ist.



BZ: Ihr meint, die haben sich einmal gründlich die Finger verbrannt an einer Räumung ...

In Bezug auf die Lassallestraße stimmt das auf jeden Fall. Damals war unsere Einschätzung, wenn die nicht gleich räumen, werden sie auch nicht so schnell räumen. Wobei aber auch klar ist, daß das nur eine Duldung ist.

BZ: Aber hier scheint das ja jetzt ein bißchen anders zu laufen. Es macht nicht gerade den Eindruck, als ob ihr allzulange drin bleiben könnt.

Das hier ist ein städtisches Haus und der OB will sein Gesicht nicht verlieren, der hat sich zu weit aus dem Fenster gehängt, der hat gesagt: "Wenn wir einmal ja sagen, müssen wir immer ja sagen" und den ganzen Quatsch.

BZ: Meint ihr, daß es sinnvoller gewesen wäre, wenn ihr ein Privathaus besetzt hättet?

Denk ich nicht! Dann hätte der Eigentümer wahrscheinlich auch Strafantrag gestellt.

BZ: In der Johannesstraße ist das aber anders.

Das sind aber auch ganz völlig unklare Besitzverhältnisse. Da gibt es eine Erbengemeinschaft, die in Amerika sitzt. Und du weißt, wie teuer telefonieren ist und wie lange die Post braucht. Die Stadt verhält sich gar nicht zu, die mischt sich in nichts ein, was nicht ihr Eigentum ist, wegen der Oststraße. Aber die Villa hier ist ein Objekt, wo der Magistrat seine Hände drauf hat.

BZ: Da scheint die Stadt ja heftig durchgreifen zu wollen.

Für die ist das hier natürlich die Oberfrechheit. Also, im Rat heute wurde herzhaft über uns gelacht, so von den linken Fraktionen. Was wir denen wieder für einen Streich gespielt hätten. Unsere Überlegung war ja auch einfach: Die Stimmung im Mainzer war am Boden, in der Stadt wird sich nichts mehr bewegen, also müssen wir selber handeln. Entweder wir können uns durchsetzen oder es wird

Gedächtnisprotokoll vom 17.3.93

Ort: Objekte Reichartstr. 9/10
Zeit: 11.30 Uhr
-Herr Stommel, Bereichsleiter Polizeistelle Süd, Charlottenstr. 5 fordert Namen etc. von mindestens einer kompetenten Ansprechperson; hinterließ Telefonnr.
Aussagen: "... Habt ihr die Tageszeitungen von heute gelesen? Dann wißt ihr ja, was euch blühen kann..."
-Idee: A. als Vermittler
- 3 Leute, Anti-Terror-Einheit; Objekt von außen beschaut:
"...Is ja ein Sahneobjekt für unseren Eingriff. Ihr habt keine Chance, das wißt ihr ja ... Umgebung wird evakuiert ... Das Fenster wird einfach weggeballert, das muß eueren Leuten klar sein ... auf Verletzt können wir das keine Rücksicht nehmen ..."
- Haus abgemalt, Fenster, Einstiegsmöglichkeiten, Zäune und Rolladen observiert, Umgebung (2Männer, 1 Frau)
-Name des SEKlers: Lippach 662/2244
-Einwurf von uns: "Presse wird berichten"
Antwort: "Presse? Hier wird weiträumig abgesperrt - die kommen hier gar nicht erst rein ..."
-darauf wir:"... wenn die schon drin sind?"
Antwort: "Dann wird das Material beschlagnahmt ..."
Opel Vectra, blau EF-AC-21
-konkrete Aufgabe schriftlich vom Magistrat

zumindest ein Fanal. Es sieht jetzt zwar so aus, als ob wir uns nicht durchsetzen können mit dem Haus hier, aber ein Fanal ist es trotzdem geworden. Hier wird ein Problem angerissen, weil in der Stadt auch noch andere Leute in der Luft hängen.

BZ: Wenn ihr hier rausfliegt, sucht ihr euch dann ein anderes Haus?

Das ist für einige Leute hier klar. Wenn wir hier rausfliegen, ohne daß wir eine Alternative gesetzt kriegen, werden wir schon in diese Richtung weiterhandeln. Eine andere Sache könnte aber auch sein, daß sie sagen, wir dulden euch hier drinnen, bis wir ein anderes Haus für euch gefunden haben. Das wäre ein Kompromiss, auf den wir eingehen könnten.

BZ: Glaubt ihr wirklich, daß die euch ein Ausweichobjekt anbieten?

Deswegen bleiben wir ja hier drin. es werden bald wieder 20 Kindereinrichtungen leergezogen. Das Schlimme ist, wir müssen auch diese assozialen Strukturen, mit denen die arbeiten, nutzen, damit wir überleben können. Daraufhin sind wir auch schon angegriffen worden und da gibt uns schon zu denken.

Aber wir denken schon, daß die uns ein anderes Haus anbieten werden. Das wird im Grunde morgen auf der Ratssitzung entschieden, da sitzen die Dezernenten mit dem OB zusammen und haben uns auf der Tagesordnung. Die können eigentlich nur sagen, daß sie sich entweder auf den Kompromiss einer vorübergehenden Duldung einigen, oder auf Räumung und dann werden sie uns sicher ein Ersatzobjekt anbieten. Die Frage ist nur, wie das dann aussieht, ob es akzeptabel ist. Und morgen haben wir ja auch noch einen Termin mit dem OB.

BZ: Die Stadt gibt wohl vor, in dieses Haus irgendwelche Professoren reinsetzen zu wollen, für eine Uni, die es noch gar nicht gibt.

Die sind am Montag einfach mit dieser Besetzung konfrontiert worden. Ich glaube, die haben sich vorher noch gar keine Gedanken dazu gemacht. Das war wahrscheinlich der günstigste Einfall, der ihnen dazu kam. Es ist wirklich zum Lachen, denen fiel echt nichts besseres ein.

BZ: Erzählt doch mal kurz, was mit den Bullen war, die heute hier aufgetaucht sind.

Wir haben davon ein Gedächtnisprotokoll angefertigt (siehe Kasten). Das SEK war heute morgen da. Die sind um das Haus rumgestiefelt und haben sich genaue Lageskizzen gemacht. Aber das könnt ihr ja selber nachlesen.

Ein Freund von uns hat später dann bei dem zuständigen Polizeirevier angerufen und da wurde klar, daß die die Einsatzpläne und den Einsatzbefehl schon auf dem Tisch liegen haben und der OB das nur noch unterschreiben muß.

Dann waren heute Nachmittag die Faschos hier und wollten das Haus angreifen. Die Nachbarn haben die Bullen gerufen, die kamen dann auch, aber die haben nicht geschnallt, daß das hier ein besetztes Haus ist. Die haben dann versucht, in den benachbarten Jugendclub reinzukommen, weil sich die Faschos dahin geflüchtet haben. Als die Bullen wieder zurück waren, haben ihnen Leute von uns erzählt, daß am Abend viele Promis im Haus sind, Landtagsabgeordnete, DGB und alles Mögliche, es war Unterstützungsplenum, und daraufhin haben diese Bullen einen Schutz für das Haus vor Faschos angeboten. Die haben dann von 18-23 Uhr das besetzte Haus vor Faschoangriffen beschützt.

Zum Gespräch mit OB Ruge, Donnerstag 13.30 Uhr:

Es wurde ein Kompromiss ausgehandelt:
- falls vom Haus keine öffentlichen Aktivitäten ausgehen gibt es bis Dienstag eine Nichträumungsgarantie
- Dienstag Besichtigungstermin von Ausweichobjekt, das bis zum 31.10.93 zur Verfügung steht
- bis 31.10. soll dann das endgültige Ersatzobjekt gefunden werden



Abends finden dann noch zwei antifaschistische Aktionen statt, die für sehr viel Wirbel (auch in den Medien) sorgen. (Siehe antifaschistische Aktivitäten).

18.Februar 1993
Abends treffen sich in zwei Kneipen Faschisten aus allen Stadtteilen Magdeburgs und überlegen gemeinsam, wie sie auf die zunehmenden antifaschistischen Aktivitäten v.a. in Magdeburg/Stadtfeld reagieren könnten. Sie fahren noch am gleichen Abend los, um ein überwiegend von Linken bewohntes Haus in der Immermann-Straße anzugreifen, daß sie für das Zentrum der Aktivitäten halten. Polizisten, die die Treffen beobachtet haben, fangen die Nazis vorher ab und erklären ihnen nebenbei, daß es günstiger wäre noch eine Woche zu warten. Dann würden sie den Faschisten 10 min. Zeit geben und Razzia machen. Diese Aussagen wurden mehrfach bestätigt. Angriffe fanden aber bisher nicht statt.

Anfang März 1993
In Magdeburg/Olvenstedt wohnende Punks werden bedroht und teilweise zu Hause besucht. In den meisten Fällen gelingt es den Punks und Antifas zu entkommen. Ein aktiver Kern von etwa 10 Nazis ist in Olvenstedt für die Aktivitäten verantwortlich.

8.März 1993
Mehrere Nazis lauern einem Antifaschisten vor dessen Schule in Olvenstedt auf und verfolgen ihn bis in das Gebäude. Treibende Kraft ist Steven Kronenberg.

9.März 1993
20 Punks und Sharps holen Antifaschisten von der Schule ab. Eine Nazi-Gruppe flüchtet vor ihnen.

14.März 1993
Nazi versucht am Olvenstedter Platz einen Punk zu überfahren, was ihm aber nicht gelingt. Wenig später versuchen 5 Nazis am selben Ort Punks anzugreifen, merken aber schnell, daß sie gegen 20 Leute nicht viel ausrichten können und fliehen.

16.März 1993
10 Punks und AntifaschistInnen wollen zwei Typen zur Rede stellen, die zwei von ihnen beschimpft und bedroht haben, als einer der beiden eine Schrotflinte herausholt und droht damit auf die Leute zu schießen. Die beiden gehören zur organisierten Kriminellen-Szene, die in Magdeburg eng mit führenden Nazis kooperiert bzw. mit ihnen identisch ist.

Antifaschistische Aktivitäten

29.Dezember 1993
Bei einem Brandanschlag auf den rechten Jugendclub "Kindergarten" (auch "Brunnenhof" oder "Brunnen" genannt) werden Teile der Einrichtung zerstört und mindestens ein Raum für längere Zeit unbrauchbar gemacht. Die Nazis trauen sich erst nach einigen Wochen wieder so richtig in ihren Club aus Angst vor Angriffen angeblich.

31.Dezemeber 1993
Ein Faschist (Braun, Sohn des früheren Innenministers von S.-A.) macht einen Sharp an und wird von diesem dafür beschädigt. In den folgenden Wochen versuchen Nazis den Sharp abzufangen und lungern vor dessen Tür herum. Bisher ist ihm aber noch nichts passiert.

13.Januar 1993
Die Scheiben eines Military-Shops werden eingeschossen. der Betreiber verkauft neben Militärklamotten, Boots und Bomberjacken auch Aufnäher und Abzeichen faschistischer Organisationen. Außerdem werden ihm Kontakte zur organisierten Nazi.Szene nachgesagt.

14.Januar 1993
Ein Auto mit DVU-Aufklebern wird besprüht und erhält einen Stein in die Heck-Scheibe.

15.Januar 1993
Antifaschist muß sich gegen zwei mit einem Messer bewaffnete Nazis in der Innenstadt verteidigen. Einem bricht dabei der Arm. (Siehe faschistische Aktivitäten)
Eine Kiosk-Besitzerin kann im Gespräch überzeugt werden, die "National-Zeitung" nicht mehr auszulegen. Positive Reaktionen einiger PassantInnen, die die Diskussion bemerken.
20-30 Punks besuchen, nachdem sie im UJZ KNAST waren, das McDonalds in der Innenstadt, wo meistens Hools und Nazis herumhängen. Dort stänkern sie ein bischen und fahren dann in einen anderen Club. Unterwegs wird die Bahn von der Polizei angehalten und Personalien festgestellt.

16.Januar 1993
Während einer Lichterkette, an der ca. 16 000 Menschen teilnehmen, gibt es ein oder zwei kleine Spontan-Demos, an den sich v.a. Jugendliche beteiligen. Mit Transparenten wird die "Lichterketten-Mentalität" kritisiert und zu entschlossenen Handeln gegen den Nazi-Terror aufgerufen. Da Fußball ist, streifen mehrere größere Hool-Gruppe durch die Innenstadt und zwischen den Lichterketten-TeilnehmerInnen umher. Am McDonalds greifen diese dann eine Gruppe Punks und AntifaschistInnen an.

17.Januar 1993
Sprühaktion autonomer AntifaschistInnen an der Stadthalle. Dort war für den 23.Januar 1993 eine bundesweite Großveranstaltung der Republikaner mit Schönhuber geplant.

18.Januar 1993
Als Reaktion auf die Angriffe von Nazis auf Punks findet ein abendlicher Streifengang statt.(Siehe faschistische Aktivitäten)

23.Januar 1993
Zwei Jung-Nazis aus Haldensleben, die zu einem "Elbsturm"-Konzert nach Brandeburg wollen, machen in Schönebeck eine Gruppe singender Jugendlicher an und verbringen dann ein paar schöne Tage im Krankenhaus (Kopfverletzungen...). Die beiden bezeichnen sich als Jünger der NF und schleppten Aufkleber der NF mit sich herum.

26.Januar 1993
In der Wohnung eines Ex-Punks saufen zum wiederholten Male Faschisten mit dem Ex-Punk und bedrohen andere Punks. Daraufhin wird die Wohnung von AntifaschistInnen besucht und alle drei Anwesenden bekommen was auf die Mütze. Anwesend waren die einschlägig bekannten Herren Kronenberg und Pechau sowie der Ex-Punk und Hool Schönemeyer.

29.Januar 1993
Die "Aktionstage gegen das Vergessen und das Wegschauen" wurden von einem breiten Bündnis vorbereitet.Beteiligt waren Grüne, PDS, Bündnis 90, Friedenskreis der ev. Kirche, KPD und KPD (es gibt in Magdeburg zwei davon), Antifa-Jugend, Einzelpersönlichkeiten und StudentInnenräte.
Ab Nachmittag gab es in der Innenstadt Büchertische und Infostände der verschiedenen Gruppen. Außerdem wurden Flugblätter verteilt.

STÄDTEBERICHT DEZEMBER/JANUAR/FEBRUAR/MÄRZ 1993

In den letzten Monaten hat sich in Magdeburg viel getan. So sind z.B. die Chancen, ein Haus zu bekommen, gewaltig gestiegen. Für zweitägige Aktionstage zum 30.Januar 1993 gelang es autonomen AntifaschistInnen ein breites Bündnis ins Leben zu rufen, in welchem sie auch eine wichtige Rolle spielten. Eigene Forderungen und Inhalte konnten dabei gut eingebracht werden. Trotzdem (oder deswegen?) war die Demonstration mit 350 Menschen schlecht "besucht". Auch die Presse ignorierte diese Aktivitäten weitgehend. Mehr Interesse finden dagegen die in Magdeburg/Stadtfeld dominanten Punks. Ein paar verprügeite Faschisten, die täglichen Kaufhallenklauereien usw. erregen natürlich immer wieder die Gemüter...

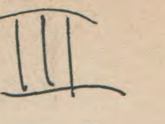
Aktivitäten faschistischer Parteien und Organisationen

Republikaner
Die Republikaner, die in Magdeburg seit einigen Monaten ein Informationsbüro Ost und ihre Landesgeschäftsstelle betreiben, wollten am 28.Januar 1993 in der Stadthalle eine bundesweite Großveranstaltung mit Franz Schönhuber durchführen. Diese Veranstaltung wurde von Stadtverordnetenversammlung verboten. Eine Ersatzveranstaltung in anderen Räumlichkeiten wurde nach unseren Informationen nicht angestrebt.
Nationalistische Front (NF)
In Magdeburg/Olvenstedt gibt es einige Skinheads, die mit NF-Aufnähern herumlaufen. Ihnen sind wahrscheinlich auch die NF-Aufkleber in den Straßenbahn aus und nach Olvenstedt zu verdanken. Was die frühere NF-Verbindungsfrau "fette Elke" aus Jena treibt ist leider nicht bekannt.
Bund "Freiheit für Deutschland"
Diese uns vorher völlig unbekannte Nazi-Organisation überschwemmt Magdeburg seit ca.2 Monaten mit Propaganda-Material. Mindenstens einmal (1.Februar 1993) haben AnhängerInnen dieser Gruppe in der Innenstadt Flugblätter verteilt. Außerdem kursieren Flugblätter in Betrieben und in Straßenbahnen wurden auch schon Aufkleber gefunden. Schwerpunkt ihrer Hetze sind Flüchtlinge.
Diese Gruppe hat auf ihren Flugblättern bisher keine Magdeburger Adresse angegeben. Es gibt auch keine sicheren Informationen darüber, ob es wirklich MagdeburgerInnen waren, die die Flugblätter verteilt haben.

Sonstige faschistische Aktivitäten

1.Januar-Woche 1993
15 FaschistInnen pöbeln in der Straßenbahn 10-15 linke Jugendliche an und drohen mit "Vergeltung" für einen Brandanschlag auf einen rechten Jugendclub. Tätliche Angriffe bleiben zum Glück aus.
15.JANUAR 1993
Gegen 13.00 Uhr greifen in der Innenstadt zwei Nazis einen Antifaschisten mit einem Messer an. Zufällig auftauchende Punks bewegen die Nazis zur Flucht, wobei aber nur einer der Wut des Antifaschisten entgehen kann. Die Punks greifen nicht ein, scheinen jedoch auch aus Magdeburg zu sein.

16.Januar 1993
Ca.60 Hools und Faschisten greifen AntifaschistInnen während einer Licherterkette an. 2 Hools werden dabei durch Stiche in den Oberschenkel verletzt. Abends ziehen die Hools zum Bahnhof und hauen sich untereinander noch ein bischen....
18.Januar 1993
Nach einem Angriff von AntifaschistInnen auf zwei Nazis fahren Autos mit Faschisten durch Magdeburg/Stadtfeld und versuchen Leute abzufangen. Dabei werden zwei Punks bedroht und verletzt. Beim abendlichen antifaschistischen Streifengang können jedoch keine Faschisten mehr aufgespürt werden, stattdessen flüchten einige Hools, die wohl auch schlechtes Gewissen hatten.
24.Januar 1993
In Olvenstedt (Neubaugebiet) wird ein Jugendlicher mit Baseballschlägern am Kopf verletzt.
31.Januar 1993
Vor dem McDonalds in der Innenstadt versammeln sich ca. 30 Faschisten/Hools und grölen Parolen ("Wir kriegen Euch alle").
2.Februar 1993
In Magdeburg/Nord (Neubaugebiet) wird ein junger Punk von einem Nazi (Olaf Ladewig) verprügelt.
4.Februar 1993
15-20 Kinderhools aus Stadtfeld greifen gegen 19.15 Uhr in der Kaufhalle am Olvenstedter Platz 3 junge Punks an und verletzen einen. Die Hools halten sich aber nicht lange an diesem für sie sonst gefährlichen Ort auf.
6.Februar 1993
15 Nazis versammeln sich abends für kurze Zeit unbemerkt am Olvenstedter Platz und scheinen auf einzelne Opfer zu warten.
8.Februar 1993
11 Nazis schlagen einen anderen Nazi zusammen, weil dieser umfassende Aussagen im Elbterrassen-Prozess gemacht hat. Die Polizei hat 9 der Schläger ermittelt und 2 in U-Haft gesteckt.
11.Februar 1993
4 Nazis greifen nachmittags am Olvenstedter Platz einige Punks an, müssen dann aber schnellstens vor den sich wehrenden und zusammenlaufenden AntifaschistInnen und Punks flüchten. Dabei wird ihr "Anführer" Steven Kronenberg (16 Jahre) gefangen und der Polizei übergeben. Kronenberg trägt einen NF-Aufnäher auf der Jacke und hat sich "Skinhead" auf seinen kahlen Hinterkopf tattowieren lassen. Abends sind ca. 20 AntifaschistInnen und Punks am Olvenstedter Platz präsent, um weitere Angriffe zu verhindern.
16.Februar 1993
Gegen 22.00 Uhr wird in Magdeburg/Olvenstedt der Bruder eines Punks von drei vermummten Nazis angegriffen und verprügelt.
Gegen 23.00 Uhr werden 4 Kinderpunks von drei Nazis (Gänge, Hohaisel, Pechau) angegriffen und durch Fußtritte und einen Pistolenschuß verletzt.
17.Februar 1993
Am Nachmittag provoziert ein Nazi (Olaf Ladewig?) drei Antifaschisten mit einer "Nationalzeitung" in der Straßenbahn, die ihm am Olvenstdter Platz weggerissen wird. Er verfolgt einen der Antifas bis in die Immermannstraße hinein, merkt aber dort, daß er wohl nicht ganz richtig ist und flieht. In der Straßenbahn wird er dann gestellt und beschädigt. Außerdem büßt er einen seiner Schuhe ein. Bei folgenden Polizeieinsatz werden drei unbeteiligte Kinder-Punks festgenommen.



Gegen 18.00 Uhr fanden dann Kundgebung und Demonstration statt. Auf der Kundgebung sprach neben einem Vertreter der Kirche und des Bündnis 90 eine Vertreterin der Antifa-Jugend. An der Demo nahmen nach polizeilichen Schätzungen 350 Leute teil, nach unseren Schätzungen noch weniger.
Abends wurde im Kellertheater der Film "Wahrheit macht frei" gezeigt, was sich ca. 70 Interessierte ansahen. Vor und nach dem Film gab es Büchertische und Infostände von Antifa-Gruppen.
30.Januar 1993
Zweiter Tag der "Aktionstage gegen das Vergessen und das Wegschauen". Morgens gibt es wieder Infostände in der Innenstadt. Am frühen Nachmittag findet dann eine Diskussionsveranstaltung zu den Themen "Unterschiede in der Akzeptanz von Gewalt", autonomer Antifaschismus und staatlicher Rassismus statt.
Abends findet dann ebenfalls im Kellertheater ein Antifa-Konzert statt, zu dem aber nur 200 Leute kommen. Das Konzert selbst ist wegen der ungeeigneten Räumlichkeiten und der nicht so tollen Bands ganz schön lahm.
5.Februar 1993
In Magdeburg/Stadtfeld wird ein Nazi verprügelt. Er hatte einige Vorladungen und einen Totschläger dabei, der ihm aber nicht viel nützte.
7.Februar 1993
10 Punks besetzen in der Immermann-Straße 17 ein Haus. Anders als sonst wollen sie das Haus in Ordnung bringen und sich dort einen Lebensraum aufbauen.
10.Februar 1993
Polizei taucht am Haus auf und spricht einen Platzverweis aus.
11.Februar 1993
Haus wieder besetzt.
Als am Nachmittag 4 Nazis (unter ihnen Kronenberg) am Olvenstedter Platz einige Punks angreifen, laufen innerhalb von wenigen Minuten ca. 20 AntifaschistInnen und Punks zusammen, um die Nazis zu vertreiben. Kronenberg wird der Polizei übergeben. Diese Sache wird hinterher diskutiert und für möglicherweise falsch befunden, da Kronenberg noch am selben Tag wieder freigelassen wird.
12.Februar 1993
Das Haus wird wieder geräumt und diesmal etwas stabiler verschlossen.
Abends besuchen ca. 10 Polizisten die Immermann-Straße 30, um ein vermißtes Mädchen zu suchen, was sie aber nicht finden.
17.Februar 1993
Bereits am Nachmittag wird ein Nazi (Olaf Ladewig?), der in der Straßenbahn Antifaschisten provoziert hatte, angegriffen, was einen Polizeieinsatz zur Folge hatte, bei dem drei unbeteiligte Kid-Punks festgenommen wurden. Wegen der faschistischen Angriffe am Vortag (siehe faschistische Aktivitäten) wurde abends ein Streifengang durchgeführt, bei dem in einer gerade haltenden Straßenbahn zwei Nazi-Schläger (Roll, Kosminski) erkannt wurden. Daraufhin griffen 3-4 AntifaschistInnen diese an und fügten ihnen Kopfverletzungen zu. Die antifaschistische Streife, aus ca.12-15 Leuten bestehend, löste sich dann auf und entfernte sich.
Wenig später "begingen" ca.20-30 Beamte die Immermann-Straße 30 auf der Suche nach einem Jugendlichen, der bei der Straßenbahn-Sache dabei war und angeblich erkannt wurde. Diesen Jugendlichen konnten sie aber nicht komischerweise nicht finden und mußten so unverrichteterdinge wieder abziehen.
Um Mitternacht etwa kam es dann noch zu einem Angriff auf Faschisten, die in der Nähe des Cafe "KÖÖ" standen. Bei der Schießerei wurde aber niemand verletzt und angeblich ein Nazi-Auto beschädigt. Im Cafe "KÖÖ" hängen abends meist 10-20 Hools und Nazis herum.
18.Februar 1993
Erstmalig trifft sich das Offene Antifaschistische Plenum in Magdeburg. Es kommen ca.15 SchülerInnen und StudentInnen. Es wird überlegt, was im Rahmen des Plenums für Aktionen gemacht werden könnten.
4.März 1993
Offenes Antifa-Plenum
7.März 1993
Sprüh- und Transparent-Aktion von Frauen zum 8.März.
8.März 1993
Infostände, Flugblatt-,Kuchen- und Rosenverschenk-Aktion der Frauen-Antifa zum Internationalen Frauenkampftag.
9.März 1993
20 Punks und Sharps holen einen am Vortag an und in der Schule von Faschisten bedrohten Antifaschisten ab. Eine Gruppe Nazis flüchtet vor ihnen.
14.März 1993
Offenes Antifa-Plenum. da nur 10 Leute da sind, wird sich überlegt, wie die Bekanntheit des Offenen Plenums gesteigert werden könnte und wie Interesse dafür zu wecken sei.
ab 11.März 1993
Leute, die schon beim Plenum waren und weitere Interessierte gewinnen wollen, verteilen "Reklame-Flugies" in Schulen und machen Aushänge, die auf das Plenum hinweisen sollen.
18.März 1993
Offenes Antifa-Plenum. SchülerInnen und organisierte AntifaschistInnen planen eine gemeinsame Plakat-Aktion und beratschlagen gemeinsam über die Gestaltung der Plakate.

STÄDTEBERICHT DESSAU

Die derzeitige ANTIFA in Dessau gibt es seit Dezember 1991.Es gibt einen festen Kern von ca. [illegible] Leuten.Seit einem Jahr sind wir auch Mitglied des Dessauer Stadtjugendringes,was zur Aufbesserung unserer finanziellen Situation einen erheblichen Beitrag leistet. Unser im Sommer 1991 besetztes Haus wurde im April 1992 geräumt.Zur Zeit verhandeln wir mit dem Magistrat über ein neues Objekt. Demnächst sollen wir ein neues Haus erhalten.

Die erste ANTIFA-Demo gab es im Januar 1992,an welcher ca.150 Menschen teilnahmen.An der diesjährigen Demonstration nahmen trotz relativ schlechter Vorbereitung ca.600 bis 800 Menschen teil.

Im vergangenen Jahr wurden verschiedene Aktionen von uns durchgeführt ,wie Infostände,ein Open Air,öffentliche Diskussionen sowie teilweise militante Aktionen.

Wir arbeiten außerdem eng mit anderen Dessauer Organisationen zusammen(z.B. Greenpeace,Dessauer Jugend Forum,PDS,IGM).Diese werden uns auch bei der Vorbereitung und Durchführung des diesjährigen Open Air`s,welches vom 11. bis 13.Juni stattfinden wird, unterstützen.Im April wird von uns ein Basketballturnier mit AusländerInnen veranstaltet.

FASCHOBERICHT DESSAU

In den Jahren 1991/92 wurden zwei Angriffe auf Unterkünfte von AsylbewerberInnen von der Polizei verhindert.Im November '91 wurde der "Rote Keller" von mehreren Faschos überfallen,wobei einige Punks Kopfplatzwunden erlitten.Die festgenommen Faschos erhielten Bewährungsstrafen bis zu zwei Jahren!Im September '92 griffen 20 Faschos drei ausländische Mitbürger an,durch das Eingreifen von Polizei und Bundesgrenzschutz konnten schwere Verletzungen verhindert werden. Außerdem wurde im Sommer '92 ein Angolaner so brutal zusammengeschlagen,daß er einige Wochen auf der Intensivstation lag (die Täter waren wahrscheinlich aus Köthen).

Die FaschistInnen haben in Dessau vier Räume von der Diakonie erhalten.Dieser Treffpunkt wird hauptsächlich nur zum Saufen genutzt,es wurden dort aber auch Faschos aus Roßlau,Köthen,Belzig,Halle,Leipzig und Magdeburg gesehen.

Die Dessauer Faschos sind zur Zeit nicht organisiert.Es gibt einen Kreisverband der Republikaner(10 bis 15 Mitglieder),sowie einige DVU- und NPD-Anhänger,welche aber in keiner Form öffentlich auftreten.Die gefährlichen Faschostrukturen gibt es in Dessauer Vororten und in der Umgebung.In Kochstedt leben und arbeiten Belziger,Magdeburger,Roßlauer und Dessauer Faschos auf einem Bauernhof(im Besitz von einem Ford-Autohändler).In Çoswig gibt es eine Wehrsportgruppe von 50 bis hin zu 150 Mitgliedern.

Food-Coop : Mehr als nur Food

Ein Projekt unserer Breitengrade unter der BZ-Lupe / Lexikonteil zum Sammeln / Interview / und vieles mehr

Das folgende Interview haben wir mit einem Menschen aus der Food-Coop Palisadenstr. geführt, in der mehrere Friedelhainer Häuser mitmachen. Dieser Artikel soll nicht nur ein Projekt aus unseren Zusammenhängen etwas aus dem Suppenteller autonomer Basisbanalitäten ans Licht der Bewegung bringen, sondern auch konkret für die Idee und die Pali-Food-Coop werben. Neue Häuser und Gruppen, die sich einklinken, sind stets willkommen.

INTERVIEW:

BZ: Wie ist denn Dein Haus dazu gekommen, bei der Food-Coop mitzumachen ?

F.C.M. (Food-Coop-Mensch): Die Küche bei uns war früher das absolute Chaos. Gruselsiff sozusagen.Selten Essen da und wenn, dann Pappkram. Zu der Zeit ist die Food-Coop gerade in die Palli übergewechselt. Da wir da Leute kannten, haben wir uns eingeklinkt. Regelmäßig gutes, einigermaßen billiges Essen, was von meistens echt korrekten Betrieben kommt. Das war ein guter Anreiz. Außerdem ist die Food-Coop einfach nett, nette Leute und so.

BZ: Wieviel Leute bzw. Häuser machen denn mit bei euch ?

F.C.M.: Im Moment sind wir fünf Häuser und eine Kneipe. Also Milch, Brot und Eier für ungefähr 100 Leute. Manchmal kriegen wir pro Woche bis zu 300 Eier.

BZ: Besorgt ihr nur Brot, Eier und Milch ?

F.C.M. : Nein, natürlich nicht. Je nach Saison auch Gemüse und Obst und je nach Bedarf Müsli, Reis, Joguhrt, Käse, Kaffee usw. (WEITER NÄXTE SEITE ->)

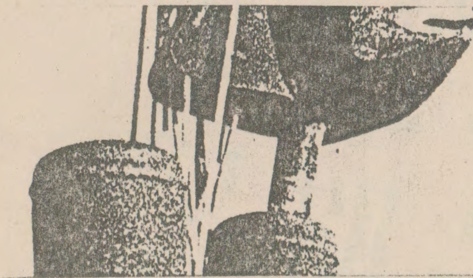
BZ-Lexikon: Food-Coop (letzter Teil zum Ausschneiden und Sammeln)

Food-Coop: Ableitung von engl. Food-Cooperation, was frei übersetzt Arbeitgemeinschaft Essen heißt. Sie hat der Idee nach zahlreiche Vorläufer, wie die Konsum-Läden der ArbeiterInnenschaft in der Weimarer Republik. Die moderne in Alternativ- und Häuserbewegung eingebettete Food-Coop zeichnet sich durch folgendes aus:

1. Gemeinsame Essensbeschaffung möglichst direkt vom Produzenten, also ohne Zwischenhändler/ Supermarkt (-> pol. Anspruch, -> ständiger Kohlemangel)
2. Bevorzugung von Bio- und Ökoprodukten (-> Vollmilch, ->Vollkorn, ->Vollei etc.)
3. Bestellung bei Höfen aus dem Umland, zu denen ein persönliches Verhältnis angestrebt wird (-> Aufschwung Ost, -> Neue Gefühlsbetontheit)
4. Ständiges Bemühen, mit dem Projekt keine Schulden aufzuhäufen (-> Abkacken von Alternativprojekten, -> allg. Kapitalismusproblematik)

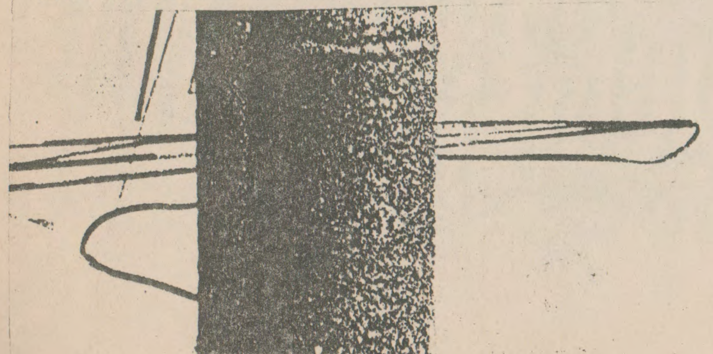
BZ: Das hört sich alles ziemlich ideal an. Aber klappt auch alles so prima, z.B. mit dem Geld?

F.C.M.: Geld ist natürlich ein Problem, aber wir halten uns erstaunlich gut. Ich würde mal sagen ,die Zahlungsmoral ist recht hoch. Kommt ein Haus zu tief in Minus, bekommt es nix mehr, bis es wieder zahlt. Ich sehe Geld allerdings nur als ein Problem. Das allgemeine Problem ist, wie gut sich die Häuser selbst in sich organisieren. Es kommt schon öfters mal vor, daß es ein Haus es nicht gebacken bekommt, seine Milch abzuholen. Da werden dann dreißig Liter schlecht, nur weil von 20 Leuten es gerade alle "vergessen". Das ist scheiße.



BZ: Seid ihr eine reine Organisations-Food-Coop oder macht ihr auch mehr miteinander ?

F.C.M.: Demnächst fahren wir für ein Wochenende auf den Kinderbauernhof, von dem wir unsere Milch kriegen. Das wird sicherlich voll nett. Da kommen auch andere Food-Coops und wir können uns austauschen. Ich würd' sagen, daß wir keine reine Org.-Gruppe sind. Wir kennen uns ja auch untereinander. Plenum ist auch immer eine gute Gelegenheit, einfach so zu plauschen. Wie das halt so ist.



BZ: Wie oft plent ihr wo ?

F.C.M.: Freitags, 20 Uhr in der Palli (Palisadenstr. 49) jede Woche.

BZ: Was sollten denn Neueinsteiger mitbringen ?

F.C.M.: Erstmal Willen und Lust mitzumachen und sich drauf einzulassen und einen gewissen Grad an Verbindlichkeit. Aber jeder kann auch einfach erstmal reinschnuppern.

BZ: Könnt ihr eigentlich noch neue Leute und Häuser in euer Food-Coop gebrauchen ?

F.C.M.: Auf jeden. Im Moment können wir nur noch einmal die Woche Milch bestellen, weil ein Haus jetzt aussteigt. Neue Häuser oder Gruppen wären echt super.

BZ: Vielen Dank für das Interview und viel Glück für eure Food-Coop.

F.C.M.: Nischt zu danken. ■

INFOTHEK:

Preise 3/93:

1200 gr. BIO-Vollkornbrot 3,60
1 l Biomilch 1,70 DM
1 Bioei 0.30 DM
1 kg. Biojoghurt 4.00 DM

Die restlichen Preise, insbesondere für Bioobst und Gemüse, sind saisonbedingt.

Neues Denken im Bundestag

Rede der Abgeordneten Ingeborg Philipp in der Entwicklungspolitischen Debatte am 14. 1. 1993

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Oberbegriff unserer Debatte, nämlich zur *Bewahrung der Schöpfung*, einige Gedanken vortragen.

Schöpfung ist jetzt konkret verstehbar geworden. Die von der Tradition getragene Verkündigung der Kirche ist mit dem von Wissenschaft und Technik geprägten Wissen in einen immer größeren Widerspruch geraten. Jetzt kehrt sich dieser Zustand um. Die Überlieferungen der Kirche sind kein Widerspruch zu modernem Wissen mehr, sondern mit diesem qualitativ neu erklärbar. Wunderheilungen, Jungfrauengeburt, Auferstehung und Himmelfahrt sowie Wiederkunft sind rational verstehbar, wenn eine *Konkretheit Gottes* angenommen wird. Sie wurde von Menschen beobachtet, die vor Jahrtausenden lebten.

Die Beobachtungen und Wahrnehmungen dieser Menschen können heute mit einem qualitativ neuen Wissen neu interpretiert werden. Im kosmischen Zeitalter der Menschheit ist eine mit dem Wissensstand übereinstimmende rationale Erklärung für das vor Jahrtausenden abgelaufene Geschehen möglich. Das Glaubensbekenntnis ist rational annehmbar geworden.

(Rudolf Bindig, SPD: Sind Sie sicher, daß Sie auf der richtigen Veranstaltung sind?)

Im Zeitalter von Raumfahrttechnik und Fernerkundung von Planeten ist die Hypothese einer *Fremdbesiedlung der Erde* durch Gott eine mögliche und seriöse Denkvariante. Die im Schöpfungsbericht genannte Reihenfolge der Entstehung des Lebens auf der Erde wurde von der Wissenschaft dieses Jahrhunderts bestätigt.

(Dr. Uwe Holtz, SPD: Und durch den Fund des Neandertalers im letzten Jahrhundert widerlegt!)

Viele in der *Bibel* aufgeschriebene *Wahrnehmungen* sind rational *neu interpretierbar*: die Beschreibung technischer Geräte bei Hesekiel, die »Feuersäule« und »Wolkensäule« bei der Wüstenwanderung, das »Auffahren« und »Herabfahren« im Alten und im Neuen Testament, die Herbeiführung von Schwangerschaften durch Gott, die technischen Wahrnehmungen bei der Übergabe der Gesetzestafeln.

Gott ist nicht allmächtig.

(Hans-Günther Toetemeyer, SPD: Was?)

Die Lebenskultur in der Welt Gottes ist der unseren überlegen. Nächstenliebe und Feindesliebe sind realisiert. Dieser Entwicklungsstand konnte mit dem Schöpfungsakt nicht übertragen werden. Die Gebote waren eine Hilfsmaßnahme, die Zerstörung von Sodom und Gomorrha sowie die Sintflut eine Verzweiflungstat Gottes zur Abwendung des Leids, das wir Menschen einander zufügen, damals wie heute. Mit dem Regenbogen hat Gott ein Zeichen dafür gesetzt, daß er sich weiter um seine Schöpfung und seine Menschheit kümmern will.

Der nächste Schritt zum Begreifen der Konkretheit Gottes und seines Wollens für die Menschheit war *Jesus*. Er ist die große *Experimentalgestalt Gottes* für die Menschheit, für kosmisches Wissen, kosmische Weisheit und kosmisches Wollen.

(Rudolf Bindig, SPD: Sind Sie auf der richtigen Veranstaltung?)

Doch, doch. Wir müssen neue Denkhorizonte erschließen. Das ist notwendig.

Jesus ist die Experimentalgestalt dafür, daß eine Zeugung menschlichen Lebens durch Gott möglich ist, daß der Sohn das soziale Wissen der Welt Gottes an die Menschen weitergibt, daß »Wunder« geschehen und tote Menschen in das Leben zurückgeholt werden. Daß Jesus selbst Opfer des Nichtverstehens der Menschen wird – so ist es auch heute –, wußten Gott und Jesus im voraus. Es wurde dadurch der Beweis für die Möglichkeit des »ewigen Lebens« gegeben, das wir in seiner Konkretheit noch gar nicht erfassen können. Wir wissen nur, daß es den Begriff »ewig« im Hebräischen nicht gibt. Es heißt dort: »von Weltzeit zu Weltzeit«.

Ich bin davon überzeugt, daß an der Konkretheit der Welt Gottes nicht zu zweifeln ist, und davon, daß eine große Fülle sehr interessanter Entdeckungen durch die Forschung und viele neu nachdenkende Menschen erarbeitet werden wird. Gott ist mit seiner Menschheit nicht am Ende. Er hat seine nächsten Schritte für uns schon lange eingeleitet.

Die Erkenntnis der *Konkretheit Gottes* ist ein *Paradigma* – d.h. eine grundlegende Erkenntnis unserer Zeit –, das den Denkfortschritt der Menschheit entscheidend beeinflussen wird. Das soziale Wissen der Bibel wird eine neue und angemessene Bedeutung bekommen. Auch die teilweise Umsetzung dieser Erkenntnisse in die Lebenspraxis wird Menschheitsfortschritt bewirken, weil die Angst vor einer dunklen Zukunft nicht mehr als inneres Schreckgespenst vor den Menschen steht. Rational erfaßbare Hoffnung ist möglich geworden.

Menschheitsgeschichtlich gesehen leben wir im Zeitraum der *Apokalypse*. Das bedeutet Schrecken, zugleich aber auch Hoffnung in einer ansonsten hoffnungslosen Zeit. Diesen Hoffnungshorizont eines neuen Denkens sollten wir für viele Menschen erschließen. Auch das gehört in die Politik.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. – Michael Wonneberger, CDU/CSU: Respekt, Respekt!)

Ingeborg Philipp, Diplom-Physikerin aus Brandenburg, gehört der Fraktion PDS/Linke Liste an. Die Rede ist nachzulesen im Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, Nr. 12/131 vom 14. Januar 1993, S. 11342/11343.

JUGENDARBEIT IN ROSTOCK

DAS SELBSTVERWALTETE JUGENDPROJEKT VEB NEUE HOFFNUNG IST GERÄUMT WORDEN

Am 30.Januar 1993 wurde von etwa 40 Jugendlichen und Erwachsenen das Haus in der Koch-Gotha-Str. 8 besetzt. Dort sollte ein selbstverwaltetes Jugendprojekt für Jugendarbeit mit Randgruppen entstehen. Wir wollten dort für Jugendliche aus Randgruppen ein Kommunikationszentrum aufbauen, in dem sie in Eigeninitiative sich Räume gestalten, sich, ihre Ansichten und ihre Musik gegenüber anderen Randgruppen und der sonstigen Umwelt darstellen können.
Ein Projekt zum Kennenlernen und zum Abbau von Feindseeligkeiten untereinander. Beteiligt am Haus waren Punks, Grufties, nicht rechte Skinheads, Leute aus der Alternativszene und aus der Schwulen- und Lesbenszene.

Die Gruppen sollten ihre eigenen Räume bekommen, ein Cafe, in dem die Gruppen abwechselnd die Musik und das Geschehen bestimmen sollten, ein Kino, in dem Filme über Randgruppenproblematiken und auch Filme, rein zur Unterhaltung, laufen sollten, Übungskeller für Musikgruppen, ein Sportraum, ein Archiv gegen Ausländerhaß, frauen- und anderweitig menschenfeindliche Themen, und zu guter letzt sollte dort eine Drogenberatungsstelle entstehen.

Am 3. Februar 1993 fand dort eine Vollversammlung statt, in der über eine Vereinsgründung, über Raumverteilung und über die zukünftige Zusammenarbeit diskutiert wurde.

An den Tagen davor wurden von den Besetzern Versuche unternommen, mit den Offiziellen der Stadt zu verhandeln, Presse, Bürgerschaft und Jugendamt wurden über das Anliegen der Besetzer und ihre Pläne informiert. Im Haus begannen währenddessen die ersten Bauarbeiten.

Die Jugendlichen wollten zeigen, daß Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger - entgegen der Meinung Bonner Politiker und deren Sympathisanten - keineswegs arbeitsscheu und Drückeberger sind, sie wollten zeigen, daß, wenn ihnen eine menschenwürdige Arbeit angeboten wird, sie auch bereit sind, diese zu leisten.

Am Donnerstagfrüh um 3.50 Uhr wurden gegen das Haus etwa 150 Polizeibeamte in Marsch gesetzt. Der Großteil der Jugendlichen konnte das Haus vor dem Eindringen der Polizei verlassen. Im Haus konnten nur 2 Jugendliche vorläufig festgenommen werden. Diese werden nun mit Prozessen rechnen müssen.

Der seit langem gärende Unmut von Jugendlichen, die keiner ausländer-, frauen- oder anderweitig menschenfeindlichen politischen Richtung zuarbeiten, bekommt durch diese Aktion des Staates neue Nahrung. Die friedlichen Aktionen um das Projekt "VEB Neue Hoffnung" wurden durch die Staatsgewalt verhindert, während der randalierende Mob in Lichtenhagen, nach seinen Gewalt- und Brandschatzaktionen, noch einen Waffenstillstand mit der Polizei vereinbaren konnte und danach Geld und Räumlichkeiten zugestanden bekam.

Eine Initiative, die gegen die Eskalation von Gewalt in der Stadt, für Toleranz und Verständnis untereinander arbeiten wollte, ist zerstört - wir hoffen, daß der gute Wille nun nicht in das Gegenteil umschlägt - !

Das Projekt "VEB Neue Hoffnung" wird irgendwann ein neues Haus besetzen, wenn uns vom Staat weiterhin nur Lügen und Repression entgegengestellt wird....

Wir werden weiterhin versuchen, gegen die Eskalation der Gewalt in der Stadt zu arbeiten...

Die Politiker in der Stadt sollten sich etwas einfallen lassen, um unsere Arbeit zu ermöglichen, oder sie werden damit leben müssen, daß angesichts ihrer Ignoranz gegenüber den Problemen von Randgruppen-Jugendlichen, deren Politikverdrossenheit und Gewaltbereitschaft weiter steigt.

Wir hoffen, daß auch noch nach dieser Staatsaktion die Jugendlichen einen Sinn in unserer Arbeit sehen...

Kollektiv "VEB Neue Hoffnung"
zur Zeit wieder ohne feste Adresse
O-2500 Rostock

DIE TÜBINGER WAGENBURG

Der Tübinger Oberbürgermeister Eugen Schmid hatte vor seiner zweiwöchigen Abwesenheit der Stadtverwaltung eine Räumungsverfügung gegen die WagenbürgerInnen von ihrem vorübergehenden Platz vor dem Tübinger Rathaus hinterlassen, terminiert auf den 24.02.1993.

Am 25.02. fand dann auf öffentlichen und nichtöffentlichen Druck (die Doppelstrategie hat sich wieder bewährt) ein Gespräch im Rathaus mit der ersten Bürgermeisterin Gabriele Steffen, verschiedenen kommunalpolitisch aktiven Leuten (vor allem GemeinderätInnen), MedienvertreterInnen und einer Delegation der Wagenburg Bambule statt.

Ergebnis der mehrstündigen Verhandlungen war die Einsetzung einer Kommission, die prüfen soll, ob das Gelände der schon bestehenden (und vom Gemeinderat legalisierten) Wagenburg Kuntabunt vorübergehend auch von der Wagenburg Bamule mitgenutzt werden könne. Wenn dies aus Platzgründen nicht möglich ist, hat die Stadtverwaltung Tübingen zugesagt, daß das angrenzendes Gebiet ebenfalls vorübergehend genutzt werden könne.

Schaut man/frau sich die Zusammensetzung der Kommission an, die sich heute (02.03.) das Gelände anschaut, ist eine Entscheidung im Sinne der WagenbürgerInnen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Ein weiterer strittiger Punkt ist die von der Stadt verlangte Ablösesumme für die beschlagnahmten Wagen. Das ist auch Gegenstand eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens, das der Rechtsanwalt der WagenbürgerInnen (es war gar nicht so einfach einen für die Leute zu finden im ach so alternativen Tübingen) gegen die Stadt angestrengt hat. Solange die Stadt das Verfahren nicht beendet hat bzw. die Stadtverwaltung es nicht als verloren anerkennt, bekommen die WagenbuergerInnen ihre Wagen unter Vorbehalt zurück.

Politische Bewertung:

Die Entwicklung war zwangsläufig, schaut man/frau sich die (für die Stadtverwaltung negativen) Reaktionen in der Tübinger Zeitung veröffentlichten Meinung an. Die erste Bürgermeisterin (unabhängig, aber Mitglied der GRÜNEN und der kommunalen Alternativen Liste) hat hier zum ersten Mal einen Konflikt gegen die Anweisungen des Oberbürgermeisters durchgesetzt. Von der Frau hatten sich viele mehr versprochen, so muß man/frau schon über diese Handlung froh sein. Nur ohne internen und externen politischen Druck wäre das nicht passiert.

Ausblick:

Der Status der Wagenburg Bambule ist nach wie vor nicht abgesichert. Der Gemeinderat wird sich damit noch einmal auf Antrag der AL befassen. Notwendig ist eine Öffnung (formal (Landesbauordnung) und vom Grundverständnis her gegenüber dieser unkonventionellen Wohnform, die zwar gewollt, aber trotzdem ein Kind der Wohnungsnot ist.

Sehr empfindlich bis hysterisch haben die Rathaus-Oberen auf auswärtige UnterstützerInnen und mögliche neue Wagenburgen reagiert. Insofern ist Sensibilität bei der Entfaltung des politischen Drucks angebracht. (Sensibilität ja, angepaßte Politik nein !!!)

Deshalb ist mein Aktionsvorschlag: Faxe etc. an die Stadtverwaltung etwa mit dem Inhalt, ich habe von der Beschlagnahmung der Wagen gehört, ist es in Tübingen denn nicht möglich, eine einvernehmliche Lösung und eine Legalisierung der Wagenburg Bamule zu erreichen?! (Interessant ist nämlich, daß sich der Oberbürgermeister vorbehalten hat, seine harte Linie auch gegen den Willen des Gemeinderates umzusetzen.)

Gegenöffentlichkeit ist mehr, als Bildzeitung *nicht* zu kaufen

Vom Ost-West-Treffen der Infoläden; AG Repression/Recht/Finanzen

Ein ganz normales Fast-Frühlingswochenende in Erfurt diente dem ersten offiziellen Zusammentreffen von Ost- und West-Infoläden. Hauptthema waren die Probleme, die die Ostläden mit den Wessis haben.

Von ein paar Infoläden war schon im voraus gefordert worden, auch praktische Probleme zu erörtern. Dazu wurde eine AG Finanzen/Recht/Repression vorgeschlagen. Daß auch dies auf Widerspruch stieß, lag einerseits an der mangelnder Informations innerhalb der Infoläden, andererseits daran, daß vor allem die o.a. Läden darauf beharrten, nur über das in der Einladung formulierte Ost-West-Problem zu reden. Sie hatten halt ihre Hausaufgaben gemacht und wollten das auch zeigen.

Die AG fand dann statt und war wohl so das einzige, was praktische Ergebnisse brachte. Vor allem ging es um Fragen der rechtlichen Absicherung von Infoläden (festgestellt wurde, daß dies alles ebenso für linke Zeitungsprojekte bzw. offen arbeitende linke Projekte gilt). Dieses vor allem, um staatlichen Druck zu erschweren. Klar war allen Beteiligten, daß dieser Druck nicht verhindert werden kann. Strittig war aber, wie weit sich ein Infoladen in das herrschende System einbinden sollte. Dabei gab es unterschiedliche Meinungen. Das eine Ende der Meinungspalette: zu viel Bürokratie stand dem anderen: Dem 'Staat' keine Möglichkeit einer Kriminalisierung zu bieten, einen Infoladen nicht als Steuerhinterzieher abstempeln zu können. Wenn gegen den Infoladen vorgegangen wird, sollte der Staat gezwungen sein, dies politisch zu begründen.

Trotz der verschiedenen Ansichten, kam es zu einer angeregten Diskussion über das Für-und-Wider der jeweiligen Maßnahmen. Es wurden mehrere Dinge ersichtlich:

1. Razzien in Infoläden können nicht verhindert werden. Die Bullerein wird auf jeden Fall Gefahr in Verzug vermelden.

2. Die Folgeschäden einer Razzia können begrenzt werden. Dazu gehört eine vorherige Diskussion über das Verhalten. Es kann nur gegen Leute vorgegangen werden, wenn ihnen etwas nachgewiesen werden kann. Nach Durchsuchungen/Verhaftungen muß auf alle Fälle ein Gedächtnisprotokoll angefertigt werden, da die Verhandlungen oft erst Jahre später erfolgen und mensch sich ja nicht jede Einzelheit merkt. Bei den Bullen auf jeden Fall Aussage verweigern. (Zum Thema auf alle Fälle: "Durch die Wüste" lesen)

3. Eine Buchführung ist zwar äußerst bürokratisch, verhindert aber ein ungeahntes Pleitemachen ebenso, wie das Erstellen derselben unter Zeitdruck, sollte sich eine Kontrolle durch das Finanzamt ankündigen. (Letzteres war schon des öfteren der Fall. Liegt keine Buchführung vor, wird der Laden geschätzt. Und geschätzt wird auf z.B. 100000,- DM Umsatz pro Jahr. Bei ca. 30% Gewinnspanne macht das 30000 DM Gewinn. Da keine Löhne abgezogen werden und die Ladenmiete nicht mehr als 4000 DM ausmacht. Bleiben 24000 DM Gewinn. 50% Körperschaftssteuer + 12% Gewerbesteuer machen 14880 DM Steuerschuld + der zu entrichtenden Mehrwertsteuer. Ist der Infoladen zudem kein eingetragener Verein, sucht sich das Finanzamt einen Menschen aus (weil bei jeder Absprache laut bürgerlichen Gesetzbuch sofort eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts entsteht, die auch sofort den für sie geltenden Rechten unterliegt), und der hat dafür zu sorgen, daß das Geld rankommt --> Es wird gepfändet bis zur Sozialhilfe...

In Anbetracht von Gedanken des Treffens der linken Stadtzeitungen, gemeinsam einen Rechtsschutz aufzubauen, wurde auch diese Möglichkeit kurz diskutiert. Einmal das gemeinsame Abschließen einer Rechtsschutz-Versicherung, zum anderen der Aufbau eines Rechtshilfefonds. Vereinbart wurde auf alle Fälle, weiterhin AGs zum Thema zu organisieren.

R. Jonas

Nachrichten

22.1. Staßfurt Ein rumänischer Staatsbürger ist "auf der Flucht" im Polizeirevier von dem ihn bewachenden Polizisten erschossen worden. Die Tat wurde erst am 9.2. bekannt

3.2. Halle Beim Prozeß gegen die mutmaßlichen Täter der Brandstiftungen im Herbst '92 in Wohnungen von VietnamesInnen, war eine Zeugin nicht bereit auszusagen.

7.2. Oebisfelde (Kreis Klötze) Das AsylbewerberInnenheim ist bis auf die Grundmauern abgebrannt. Die Polizei: ungeklärte Ursache.

xx.2. Halle Faschos führen auf der Silberhöhe Sprühaktionen durch, Sprüche reichen von "Assis raus" (!! - d. S.) bis "Artenvielfalt ist Lebensqualität" (und Rassenvermischung demzufolge untergang der volksgemeinschaft, was?! - d.S.)

Subbotnik in LA Nr. 46

Unterschrieben sind die Parolen mit Oi, Hakenkreuzen, NF (!) und AFD (!)*

12.2. Wernigerode Rechtsradikale Jugendliche überfallen einen Klub. Ein Jugendlicher mußte ins Krankenhaus. Vom stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden, der zufällig anwesend war, wird der Polizei "schlimmes Versagen" vorgeworfen.

20.2. Halle 10 Faschohools (vermutlich aus Berlin) pöbeln 2 Jugendliche an, bedrohen sie tätlich und verfolgen sie. Als die beiden in die Kellnerstr. flüchten, sammeln sich kurz darauf ca. 25 dieser Typen mit Steinen etc. vor der Kellnerstraße. Sie hauen aber ab, als sich Leute am Fenster zeigen. Die Polizei stand 'Gewehr bei Fuß' dabei.

22.2. Halle Während der Rosenmontagsveranstaltungen auf dem Markt prügeln und treten gegen 15 Uhr ca. 10 Faschos einen sechzehnjährigen zusammen, weil er "wie ein Linker" aussieht. Die ankommenden Polizisten nehmen die Anzeige nicht an.

26.2. Halle Die Polizei nahm 15 Jugendlich vorläufig fest, die auländerfeindliche Parolen grölend und randalierend in die Richtung eines AsylbewerberInnenheimes zogen.

Ende Februar wurde ein Journalist nachts von Rechtsradikalen zusammengeschlagen und beraubt. Die Presse weist extra darauf hin, daß es ein Amerikaner war und kein Asylbewerber. Aufgrund eines anonymen Anrufes, der der rechten Szene zugeordnet wird, nahm die Polizei vier Personen fest, bei denen auch, bei der Tat geraubte, Gegenstände aufgefunden wurden.

Bundesinnenminister Seiters (beruft sich übrigens auf den Verfassungsschutz) entblödet sich nicht die Quoten von Gewalttaten "mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation" pro 100000 EinwohnerInnen für 1992 ausrechnen zu lassen. Sachsen-Anhalt vermeldet dabei eine "Quote" von 3,59. Die zugrunde liegenden Zahlen liegen aber bis zu 50% niedriger als in der Presse vermeldet bzw. von Antirassistischen Initiativen ausgewiesen. Schon alleine die Unterschiede in den Statistiken (Verfassungsschutz 2285; BKA bis Ende Nov. 92 über 4900 o.a. Gewalttaten) sprechen Bände. Hinzu kommt ein Unterschiedliches 'Meldeverhalten' der Landeskriminalämter, welche teilweise selbst Morde durch Skinheads an AusländerInnen nicht weitergeben. BKA-Chef Zachert zweifelt deshalb die eigenen Angaben an. Anzeigen würden aus "sprachlichen Gründen oder schlichtweg Angst" nicht erstattet. Im Zweifelsfalle wird die Rechnung nach unten korrigiert. Anders bei den Hochrechnungen von Grenzübergängen von Asylsuchenden: hier wird mit dem fünffachen der der ermittelten Zahlen hantiert.

Wichtig sind noch die Meldungen von 206 militante Aktionen von Linksradikalen gegen Rechtsextremisten (1 - 10 92) (laut Verfassungsschutz), denn die erlauben folgenden Schluß: "... geht die Gewalt in der Regel von Linksextremisten aus."

Laut Bauminister Daehre sind allein in den Ballungszentren ca. 15 000 Wohnungen durch Leerstand nicht mehr bewohnbar.

Anfang März wurde in **Dortmund** das Haus Speicherstraße 53 besetzt. Hinter der Aktion stand der INITIATIVKREIS GEFANGENENARBEIT e.V., der schon seit eineinhalb Jahren ein Haus sucht, um Haftentlassene in Wohngruppen unterbringen zu können. Es handelte sich dabei um ein Objekt, für das seit längerem Abrißpläne bestehen. Die Besetzung wurde nach acht Stunden durch die Polizei beendet. Bei dieser Aktion handelte es sich bereits um die zweite Besetzung, die der INITIATIVKREIS organisiert hatte. Weitere Initiativen sind angekündigt.

Am **5.3.93** wurden in der **Römerstraße in Wiesbaden** 4 Häuser besetzt. Die Gruppe, die "gegen rassistische, faschistische und patriarchale Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse" kämpft, hatte bereits am 27.2. diese und zwei weitere Häuser besetzt, was jedoch mit zum Teil brutalem Bulleneinsatz beendet worden war. Ob die aktuelle Besetzung andauert, ist nicht bekannt.

In der **Nacht vom 14. auf den 15. März** wurden in **Berlin** 29 Filialen der BERLINER BANK AG entglast. Die Aktion richtete sich gegen das olympische Engagement der Bank. In Pankow wurden dabei drei Leute aus Straußberg abgegriffen. Die Leute sitzen in U-Haft; der geheime Staatsschutz ermittelt gegen sie wegen verabredeter, gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und gemeinschaftlich begangenem, verabredetem schweren Landfriedensbruchs. Außerdem diente diese Aktion den "zuständigen Organen" als Vorwandt, eine spezielle Ermittlungsgruppe "Anti-Olympia-Kriminalität" einzurichten. Erstmal solidarische Grüße an die drei - und nächstens mehr.

Presseerklärung
14.3.93

Der Antifaschist und Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein ist tot.

"Es gibt viele Arten zu töten........" (B.Brecht)

Schon 1989, als Gerhard Bögelein (67) verhaftet und ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verschleppt wurde, war er schwer krank. Wir gehen davon aus, daß die zweijährige Untersuchungshaft, der Prozeß und die Verurteilung zu lebenslänglich sein Leben verkürzt haben.
Die Mitte Dezember 1992 durchgesetzte Haftverschonung war lange überfällig. Sie ist aus unserer Sicht deshalb zugestanden worden, weil es klar war, daß er nur noch eine geringe Lebenserwartung hatte. Das Urteil lebenslänglich sollte in der Öffentlichkeit nicht als das erscheinen, was es für Gerhard Bögelein war: "ein Todesurteil".

Zur Erinnerung:
Gerhard Bögelein war als 19jähriger 1943 das erstemal mit der NS-Militärjustiz in Konflikt geraten. Er hatte sich geweigert, an der Erschießung einer Gruppe von ZivilistInnen, darunter auch JüdInnen teilzunehmen.
1944 gelang ihm die Desertion aus der deutschen Wehrmacht und bis Ende des Krieges kämpfte er auf der Seite der sowjetischen Roten Armee.
Nach 1945 war er wegen seiner Sprachkenntnisse neben anderen Aufgaben damit betraut, als Offizier der Roten Armee, faschistische Kriegsverbrecher zu überführen.
In diesem Zusammenhang verhörte er auch den NS-Militärrichter Erich Kallmerten der daraufhin ein Geständnis unterzeichnete, wonach er persönlich verantwortlich war für 178 Todesurteile die er in seiner Eigenschaft als oberster Militärrichter der Kurlandarmee verhängte. Erich Kallmerten wurde 1947 im Kriegsgefangenenlager Klaipeda erschlagen. Schon 1949 versuchte die BRD-Justiz Gerhard Bögelein für die Tötung des NS-Blutrichters Kallmerten verantwortlich zu machen. Die Untersuchungen in diesem Fall, wurden von dem Hamburger Ermittlungsrichter Kurt Steckel geführt. Steckel, der wie fast alle NS-Richter mit einer weißen Weste durch die sogenannten Entnazifizierungsverfahren rutschte, war noch 1945 als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof in Potsdam tätig. Das heutige Verfahren wurde fast vollständig auf Grundlage der von Steckel erstellten Ermittlungsakten geführt.
Gerhard Bögelein lebte seit 1956 in der DDR und war somit bis zu seiner Verhaftung nach der Annexion 1989 vor den Auslieferungsersuchen der BRD-Justiz geschützt.

Das Hamburger Verfahren von 1992 war dadurch gekennzeichnet, daß der Staatsanwalt Harald Duhn die Anklage im Sinne seines Lehrers Kurt Steckel führte. Die 22. Strafkammer unter Richter Diethelm Erdmann folgte dieser Vorgabe. In diesem Verfahren wurden die Rollen vertauscht; aus dem NS-Täter Erich Kallmertern wurde das Opfer eines "heimtückischen Mordes", während der Antifaschist und Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein trotz einer nur lückenhaften Indizienkette und ohne Tatzeugen zum Täter konstruiert wurde.

Prozeßgruppe Gerhard Bögelein

Es gibt viele Arten zu töten....

Wir sind wütend über den Tod des Antifaschisten und Widerstandskämpfers

GERHARD BÖGELEIN
16.01.1924 - 09.03.1993

verfolgt durch NS- und BRD Justiz.
SIE haben Ihn 1989 aus medizinischer Behandlung von Leipzig nach Hamburg verschleppt, im Knast gesundheitlich zerstört und dadurch den Tod herbeigeführt.

Wir trauern um unseren Freund und Genossen

Prozeßgruppe Gerhard Bögelein

Für Nachfragen:

Autonome Infogruppe
Schweffelstr.6
2300 Kiel
Fax:0431/577056
Tel:0431/565899

A N T I F A - N A C H R I C H T E N

Buchholz
Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, Vielredner und -schreiber in rechtsextremen Kreisen ("Deutsche Liga", "Nation+Europa") zeichnet verantwortlich für einen "Aufruf zum Mitmachen" der von der in Buchholz ansässigen "Gemeinschaft freiheitlicher Demokraten" (GFD) vertrieben wird. Ziel der GFD -so der Aufruf- ist u.a. "die Parteienherrschaft" zu "beenden, die eine einzigartige Mißachtung des Volkes und des Grundgesetzes ist und den Volkssouverän entmündigt hat." In "Mensch und Maß. Drängende Lebensfragen in neuer Sicht" (Nr.3/1993), der Leselektüre des "Bund(es) für Gotterkenntnis" (Ludendorffer) wird konstatiert, daß der Aufruf "überzeugt und (..) von volksverantwortlichen Deutschen überprüft werden" sollte. A.M.

Potsdam
Nach Angaben von Wolfgang Pfaff, Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes, dient die NPD den Mitgliedern der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) und der "Nationalistischen Front" (NF) als eine Art "Rückzugsreservoir" mit der Funktion eines Standbeines in der Legalität. So sei z.B. der frühere DA-Vorsitzende Frank Hübner am 19.März 1990 in die NPD (Mitgliedsnummer: 66950) eingetreten. Die Partei müsse deshalb verstärkt vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Desweiteren plane Frank Hübner den Aufbau einer "Brandenburgischen Volkspartei". A.M.

Dresden
Ein "Stresemann-Club, das Jung-National-Liberale Forum", Landesgruppe Sachsen/Niederschlesien, hat sich in Dresden konstituiert. Mit Anzeigen in der "Jungen Freiheit" (JF) macht der Club ("Ja zu Deutschland in Europa - Nein zum 'multikulturellen Chaos'") unter Führung von Thomas Böhme bundesweit auf sich aufmerksam. Hier ein Auszug aus der Selbstdarstellung der Organisation: "Der Stresemann-Club versteht sich als politische Kraft der Mitte, der auf den Grundlagen national/konservativ/liberaler Prinzipien Politik von unten her gestalten will. (...) Wir sind überzeugt, daß das Bekenntnis zum eigenen Volkstum eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Werte des historisch-kulturellen Selbstverständnisses jeder ethnischen Gemeinschaft ist. Die Freiheit unseres Volkes und das damit verbundene für im Ausland lebende Deutsche Recht auf Selbstbestimmung und Pflege der eigenen Kultur, verstehen wir als unseren nationalen Auftrag."

DVU-BREMEN
Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Peter Nennstiel ist aus der DVU ausgetreten und bildet jetzt gemeinsam mit dem zweiten DVU Abtrünnigen Hans Altermann eine parlamentarische Gruppe der "Deutschen Liga". Was die der "Liga" nahestehenden Zeitungen allesammt verschweigen, ist der Hintergrund des Stimmungswechsels bei Nennstiel. Der hatte nämlich sein Abgeordnetengehalt von ca. DM 5000,- verschwiegen, um an eine Sozialwohnung heranzukommen, das paßt mal wieder wie die Faust aufs Auge.
Auch Altermann wechselte persönlicher Querelen wegen zur Konkurrenz über, ihm wurde aus den eigenen Reihen das Fehlen jeglicher Intelligenz bescheinigt.
Die obskure Gruppe verschafft der DEUTSCHEN LIGA zusätzliches Prestige und kostet die DVU den Fraktionsstatus. So muß die DVU nun ihren Geschäftsführer Eggers selbst bezahlen, bisher wurde er vom Land Bremen ausgehalten. Der DVU gehen monatliche Zuwendungen in Höhe von 55 000.- aus der Staatskasse verloren, sie verliert ihr Anfragerecht und die Möglichkeit, Sprecher in die Ausschüsse zu schicken. (nachzulesen in "Europa vorn")

ANTI - ANTIFA
Im Zuge der "Anti-Antifa"-Strategie der Neofaschisten hat sich jetzt in Witten eine weitere lokale Gruppe gegründet. Ihre Anschrift lautet:
Anti-Antifa, Postfach 50 45, 5810 Witten 5.
In der "RADIKAL" Nr.146 war dazu ein interessanter Vorschlag nachzulesen, nämlich die Faschos mit zeitraubender Arbeit zu beschäftigen. Schickt ihnen Fehlinformationen, sowie Namen und Adressen von örtlichen Rechtsextremisten, die der Anti-Antifa nicht von vorneherein bekannt sind. Die Überprüfung dieser Infos kostet Zeit und hält die Faschisten davon ab uns nachzuspionieren.
Achtet aber darauf, daß solche Briefe ohne Fingerabdrücke und ohne Speichel unter der Briefmarke abgeschickt werden, für den Fall, daß die Polizei das Postfach kontrolliert.

DEUTSCHES RECHTSBÜRO
Gegründet im April '92 trat diese Vereinigung zuerst mit einer Broschüre an die Öffentlichkeit: "Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln". "Lustige Geschichten aus dem Leben eines nationalen Aktivisten" sollten es sein, "angereichert mit juristischen Hinweisen".
Die locker abgefaßte Sprache zielt auf jenes jugendliche Publikum ab, welches derzeit brandschatzend durchs Land zieht.
Die Broschüre enthält praktische Tips zu Themen wie verfassungswidrige Kennzeichen, Hitler-Geburtstagsfeiern, Uniformverbot usw. Das Rechtsbüro ist ein kleiner Zusammenschluß von Juristen, quasi als Dienstleistungsunternehmen in Sachen Gesetz für die gesamte Bandbreite des Rechten Lagers. Es archiviert entsprechend relevante Urteile und stellt diese den Aktivisten bzw. deren Anwälten zur Verfügung, wenn Verfahren z.B. wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß etc. am laufen sind.
Das Rechtsbüro vermittelt Anwälte vor Ort und führt (bislang nur in Norddeutschland) mit kleinen Gruppen juristische Seminare durch. Mit diesen Beratungsdiensten sei noch lange nicht das Ende ihrer Vorstellungen erreicht, eine Ausweitung ihrer Aktivitäten mache das Rechtsbüro aber von einer entsprechenden Resonanz aus dem nationalen Lager abhängig.

In diesem Zusammenhang sei noch kurz die Auflösung des "Bund Freier Juristen e.V." gemeldet. Der BFJ war 1982 von der NPD gegründet worden, als Gegengewicht zum "Republikanischen Anwaltsverein". Der BFJ fristete aber seit jeher ein Schattendasein und die zuletzt völlige Inaktivität des Vorsitzenden bildete den Anlaß den Laden endgültig zu schließen. Den Mitgliedern wurde empfohlen, anderen, gleichgerichteten Organisationen (s.o) beizutreten.
(nachzulesen in "Deutsche Rundschau","DESG-inform")

DEUTSCHLAND-FORUM

Der Zusammenschluß der "letzten Aufrechten" in der UNION verzeichnet Fortschritte. Mit 200 "Gründungsvätern" habe das "Christlich-Konservative Deutschland-Forum" begonnen, nunmehr läge der Mitgliederbestand bereits bei 500. Neben 12 Bundestags- und einigen Ostdeutschen Landtagsabgeordneten gehören beispielsweise auch der Bauernverbandspräsident von Heeremann, der einst den REP's zum Wahlerfolg gratulierte, Gerhard Löwenthal und Prof. Klaus Hornung vom Studienzentrum Weikersheim, ständiger Autor in MUT und CRITICON dem FORUM an. Ein erstes Landesforum konnte in Sachsen-Niederschlesien gegründet werden, NRW und Hessen sollen schon bald folgen.
Kreisforen existieren bislang in Arolsen und in Mannheim, hier ist der Chefideologe der JUNGEN FREIHEIT Roland Bubik mit von der Partie.
Öffentliche Veranstaltungen sind vorerst nicht geplant, dies ist wohl ein Zugeständniß an die besorgte Parteiführung, die die Fraktionsbildung am Rechten Rand zusehends nervöser macht. Die JUNGE FREIHEIT streute das Gerücht in die Runde, es gäbe auf persönliche Weisung Helmut Kohls hin eine Schwarze Liste mit den Namen aller CKDF Anhänger, die bis auf die Bezirksebene hinunter kursieren würde, um zu verhindern, daß Forum-Leute in verantwortliche Positionen der Partei gelangen.
Der dem Sprecherrat des CKDF angehörende Rudolf Krause hat mittlerweile eine "Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen" vorgelegt und wurde postwendend von Heiner Geißler aufgefordert, sich von dem Text zu distanzieren oder die CDU zu verlassen. Der denkt aber gar nicht daran, vom "staatszersetzenden krankhaften Liberalismus" abzulaßen und unterstrich mit einem Beitrag in der Februar Ausgabe der JUNGEN FREIHEIT seine Nationale Gesinnung. Von der "geistigen Verwahrlosung weiter Teile der deutschen Jugend" ist da die Rede, die "Verführbarkeit" zu Lichterketten-Demos klagt er an, die seiner Meinung nach "Buß und Abbitteprozessionen vor dem Ausland darstellen". Aber auch die "Einäugigkeit der Medien" stört ihn, sie gäben eine "völlig verzerrte Darstellung des Umfangs rechtsextremer Aktivitäten wider". Die Pogrome in diesem Land bezeichnet er als "spontane Aktionen gegen Asylunterkünfte", für weitaus gefährlicher hält er die "organisierten Gewaltausbrüche meist intellektueller linker Jugendlicher gegen den Rechtsstaat".
Was kann so ein Schwachkopf schon als "Lösung" anbieten? Er fordert die "Herausbildung einer ihrer nationalen Werte bewußte Jugendbewegung", verkörpert werden diese Werte durch Fleiß, Arbeitsamkeit, Sauberkeit und Ordentlichkeit als "Kernbestandteile deutscher Kultur" - auf den Intellekt kommts nicht so an. Wenn den Herrn Krause eins nervt, dann sind das Menschen, die solche Gedankengänge unwillkürlich mit Hitler-Jugend assoziieren.

VENOHR TRITT UÖD BEI

Als hochkarätig bezeichnen die UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS um Herbert Gruhl ihren neuen Kampfgefährten Dr. Wolfgang Venohr.
Venohr ist seit den '60er Jahren in diversen Rechten Kreisen unterwegs, er bestimmte die letzten Jahre maßgeblich die Deutschlandpolitische Debatte der Rechtsextremen. Durch zahlreiche Publikationen und durch seinen Posten als langjähriger Chefredakteur bei STERN-TV erreichte er einen hohen Bekanntheitsgrad. Auch Helmut Kohl hat von ihm abgeschrieben, dessen damaliger "10 Punkte-Plan" basierte direkt auf den Vorstellungen Venohrs einer "Konföderation Deutschland".
In der JUNGEN FREIHEIT vom Mai '92 veröffentlichte er einen sehr interessanten Artikel zum Thema Ökologie, der dann auch zahlreiche Diskussionen im Rechten Lager nach sich zog. "Der Ökostaat kommt bestimmt", wie so häufig dient ein apokalyptisches Szenario dazu, bestimmte Forderungen als politisch zwingend erforderlich erscheinen zu lassen. Der "permanente Ausnahmezustand" erfordere einen "Burgfrieden", sprich "die Legalität einer inneren Diktatur". Um das "Überleben der Völker" zu sichern, dürfe "Demokratie und Individualismus keine Rolle mehr spielen", weil "sie für das Gemeinwohl direkt schädlich sind". Du bist nichts, dein Volk ist alles - Hitlers Botschaft läßt sich problemlos ins ökologische übersetzen. Dem Nationalisten Venohr kommt dabei jene jahrelange Grüne Propaganda sehr gelegen, wonach es nur noch eine "Menschheit", aber keine unterschiedlichen sozialen Klassen mit sich widersprechenden Interessen mehr gibt. Er verbindet meisterhaft klassisch Rechts einzuordnende Forderungen nach einer starken Ordnungsmacht Staat mit dem scheinbar emanzipatorischen Anspruch einer ökologisch ausgerichteten Politik. "Drakonische Gesetze", "die den Einzelnen empfindlich treffen", z.B. in Form eines staatlichen Öko-Arbeitsdienstes, sind eine Sache, eine andere ist der notwendige Wertewandel in der Gesellschaft, der solche Maßnahmen erst möglich macht.
Das veränderte Bewußtsein, das Venohr fordert, äußert sich in einer Abkehr vom Prinzip "Egoismus und Selbstsucht" hin zu "Solidarität, Opferbereitschaft und Gemeinsinn". Auch diese vordergründig antimaterialistische Schiene kennen wir von den Grün-Alternativen ParteistrategInnen nur zu gut. Die faschistische Gefahr ist eben nicht immer allein eine lupenrein Braune, sondern zuweilen auch eine grün oder gar bunt eingefärbte.
Die UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN stellen mit diesem Übertritt von Venohr erneut ihre Stellung als Kaderorganisation in der nationalrevolutionären Szene unter Beweis. Sie decken den ökolo-

gisch-heimatschützerischen Bereich ab, und warten nur auf eine passende Gelegenheit ihre Kontakte und ihr Wissen in eine politisch bedeutsamere Struktur einzubringen. Die Signale werden immer deutlicher, daß bei weiteren Wahlerfolgen die REPUBLIKANER diese Struktur sein werden. Entsprechende Erklärungen Schönhubers, er wolle die "Ökologisierung" der Partei vorantreiben, stoßen bei führenden UÖD Kadern auf offene Ohren. (nachzulesen in "Ökologie")

Thomas Hainkes Offenbarungseid

Am 15.12. Dezember erfuhren die LeserInnen des Haller Kreisblattes, daß Thomas Hainke, auch in Bielefeld bekannter Neofaschist, die von ihm selbst im September in Steinhagen ins Leben gerufene "Westfalenfront" aufgelöst habe. Weiterhin bekundete Hainke in der ans Haller Kreisblatt lancierten Presseerklärung, daß er NRW in Richtung Ausland verlassen will.
Einen Namen hatte er sich in Bielefeld vor allem durch den brutalen Überfall auf die Punks am Kesselbrink (17.8. 1989) gemacht, bei dem einer der Punks lebensgefährlich verletzt wurde. Die Aktion ging im wesentlichen auf seine Kappe. Ein Verfahren gegen ihn in dieser Angelegenheit ist bis heute nicht eröffnet worden. Die anderen am Überfall beteiligten Nazis wurden Anfang letzten Jahres rechtskräftig verurteilt, während Hainke als Initiator ungeschoren davon kam und untertauchen konnte, was bei den Verurteilten zu verständlichem Unmut führte. Größeres Aufsehen erregte Hainke wieder im Herbst letzten Jahres, als er sich am 7.9.1992 in der Sendung SPIEGEL-TV damit brüsten konnte, im jugoslawischen Bürgerkrieg auf kroatischer Seite "für die weiße Rasse" gekämpft zu haben.
In seiner Presseerklärung will Hainke sich von allen Beschuldigungen gegen seine Person freisprechen, was seine Rolle bei Bedrohungen und Gewalt gegen Menschen im Steinhagener und Haller Einzugsgebiet angeht, die durch seine Organisation "Westfalenfront" entstanden sind. Seine Richtigstellungen geraten ihm aber dabei zum unfreiwilligen Offenbarungseid seiner langjährigen Aktivitäten in verschiedenen neofaschistischen Organisationen.

Führungskader in der GdnF
So schreibt er, daß er seit 2 Jahren nicht mehr der "Deutschen Alternative" (DA) angehöre. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die DA kurz vorher, am 8. Dezember verboten worden war. Im Rahmen dieses Verbotes fand auch in seiner Steinhagener Wohnung eine Hausdurchsuchung nach DA - Materialien statt. Die Polizei fand dort einen Stempel mit dem Logo der DA, sowie Mitteilungsblätter der Organisation. Anderes Nazi-Material wurde übrigens durch die Beamten nicht beschlagnahmt. Hainke gehörte zwar nicht mehr der DA an, er war aber zu diesem Zeitpunkt Mitglied des westdeutschen Ablegers "Deutscher Weg". Nicht leugnen kann Hainke seine Rolle als Führungskader in der GdnF ("Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front").

Bei der GdnF handelt es sich um einen bundesweiten Zusammenschluß neofaschistischer Organisationen, deren Gallionsfigur der gestorbene Nazi-Führer Michael Kühnen war. Hainke war enger Vertrauter Kühnens, was auch per Foto dokumentiert ist.
Bernd Stehmann, ebenfalls auf dem Foto mit Kühnen zu sehen, hatte Hainke die Wohnung in Steinhagen vermittelt. Während seiner Abwesenheit - er sitzt gegenwärtig wegen Volksverhetzung ein - wohnte Hainke dort als Untermieter. Stehmann leistete außerdem für Hainkes Aktivitäten wichtige Vorarbeit. Er gewann durch sein häufiges Auftreten im Ex-Nazitreffpunkt Andreaskrug in Schildesche jugendliche Sympathisanten.
Doch Hainke hatte noch andere Verbindungen. So wurde bei ihm 1989 bei einer Polizeikontrolle Material und Anstecknadeln der verbotenen SA gefunden. Zudem war er 1990 bei einem Treffen der ebenfalls verbotenen NSDAP/AO ("NSDAP-Auslands-und Aufbauorganisation) im dänischen Kollund.

Die Rolle der "Westfalenfront"
Die "Westfalenfront" war konzepiert als regionale Sammelorganisation von sympathisierenden Jugendlichen und unorganisierten Neonazis aus verschiedenen ostwestfälischen Orten. Der Gründungsort Steinhagen war mit den Orten Halle, Versmold und Borgholzhausen der Hauptschwerpunkt von Hainkes Aktivisten. Den Freibrief der Gewaltlosigkeit, den Hainke seiner Organisation in der Presserklärung ausstellt, fand seinen Ausdruck zum Beispiel darin, daß ausländische SchülerInnen zum Ablichten vor die Kamera gezerrt wurden. Der Brandanschlag auf die Gartenlaube eines Sozialarbeiters in Halle Anfang Dezember muß ebenfalls dem Umfeld der "Westfalenfront" zugerechnet werden. Die Bewohner des anliegenden Hauses hatten schon Wochen vorher Drohbriefe und Anrufe bekommen. So hieß es in Anrufen, daß für "Türkenfreunde kein Platz in unserer Republik" sei. Zudem hieß es in einem mit "Westfalenfront" unterschrieben Brief, daß sich die Täter an die Tochter des Sozialarbeiters wenden würden, wenn sie den Vater schon nicht erwischten. Die eingegangene Drohung die "Hütte platt zu machen" wurde einen Tag später tatsächlich wahrgemacht. Ob nun der Brief wirklich aus "Westfalenfront"-Kreisen kam, was Hainke bestreitet, oder nicht, ist im Prinzip nebensächlich. Wichtig ist, daß die nazistische Propaganda von Hainke und seinen Gefolgsleuten offenbar erste Früchte zeigte.

Öffentlicher Druck
Was auch letztlich der Grund für ihn war, seine Zelte in OWL so plötzlich abzubrechen, der öffentliche Druck - etwa 100 Menschen protestierten noch am 26.09. in Steinhagen gegen die Gründung der "Westfalenfront", am 3.10. kamen 1000 Menschen zur Demonstration zum Jahnplatz, die Informationskampagnen die zu Hainkes Person von AntifaschistInnen durchgeführt wurden dürfte einiges dazu beigetragen haben. Durch sein (vorläufiges) Verschwinden und die Auflösung der "Westfalenfront", sowie durch das Verbot der NF sind die ostwestfälischen Neonazis in ihrer Struktur geschwächt worden. Es wäre aber fatal und illusorisch zu glauben, daß damit nun die Bedrohungen und Überfälle ein Ende gefunden hätten.

Informationen zu:

NAZI-MÜLLER -> in Mainz-Gonsenheim

Die Nazi-Karriere der Familie MÜLLER begann Mitte der 60iger Jahre. Damals waren sie in der Aktion Widerstand aktiv.
1972 kandidierte Kurt Müller für die NPD.
In den folgenden Jahren bis heute, beteiligte sich die Familie an Veranstaltungen des Kampfbundes Deutscher Soldaten (ab den 70er Jahren),
der NSDAP/AO (Gründung 1976 in Wiesbaden),
der HNG (ab Gründung 1979),
der ANS/NA (ab Gründung 1983, Kontakte zum Vorläufer Hansa-Bande bestehen seit 1978),
der FAP,
der mittlerweile verbotenen DA
und vielen anderen Nazi-Organisationen mehr.
Ursula Müller ist zur Zeit (1/93) Vorsitzende der HNG, ihr Mann ist Beisitzer.

Die logistische Bedeutung der Gärtnerei MÜLLER besteht in der Trainingsmöglichkeit und der Rekrutierung von neuen Nazis unter Jugendlichen, bei den alljährlichen Feierlichkeiten zu Hitlers Geburtstag, den 2x im Jahr stattfindenden Sonnenwendfeiern, den Treffen vor und nach faschistischen Aufmärschen (07.03.92 Mainz, Biebelsheim), an denen bis zu 300 Personen teilnehmen.
Auf dem Gelände wird faschistisches Propagandamaterial gelagert und verteilt - bei einer Hausdurchsuchung wurde ein LKW zum Abtransport benötigt.
Auf dem Gelände finden regelmäßig regionale Kameradschaftsabende ebenso statt, wie bundesweite Treffen verschiedener Gruppen (z.B.: Vereinigung von Kühnens ANS mit der NA 1983, zur ANS/NA).
Im Garten der MÜLLERS befindet sich eine zur Wallhalla umgebaute Scheune, in der sich die Faschisten versammeln. Die lange Kette der Veranstaltungen wurde 1986 unterbrochen, als die Scheune von "revolutionären Antifaschisten" abgebrannt wurde.

Die Militanz der Familie MÜLLER, bzw. der NS-Kampfgruppe MÜLLER, ist spätesten seit 1974 bekannt. Bei einer Hausdurchsuchung wurden damals Waffen und Chemikalien gefunden. In den folgenden Jahren schänden sie jüdische Friedhöfe (z.B.: Mainz), beschmieren Gebäude, verprügeln PassantInnen ebenso wie AntifaschistInnen. Auch gegen die Polizei werden sie handgreiflich.
Kontakte der Familie Müller:
KKK (Ku-Klux-Klan), Deutsche Aktionsgruppen(Manfred Roeder,Ex-Nazianwalt und verurteilter Nazi-Terrorist), WSG Hoffmann, Gundolf Köhler(Oktoberfestattentäter), NSDAP/AO(Chef Gerry R. Lauck wurde schon in Mainz-Gonsenheim verhaftet), HNG, DA, NPD u. JN, ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten - Nationale Aktivisten), FAP, NVF(Nationale Volksfront), Deutsche Bauern Initiative, VSBD(Volkssozialistische Bewegung), [illegible] Priem(Berlin, Chef W.A.Priem), Deutsche Bürgerinitiative, Volksbewegung gegen Antideutsche Greullügen, NSM (National Socialist Movement, GB), WUNS(World Union of National Socialists), DFF(Deutsche Frauen Front), VNSB(Völkisch Nationaler-Solidaritäts-Bund), KDS(Kampfbund dt. Soldaten), Aktion Widerstand, DVG(Deutsch-Völkische Gemeinschaft), Ordine Nuevo (Italien) u.v.m. ....

Anlagen:
blick nach rechts (1/93)
taz, 18.3.87

Quellenangabe:
Drahtzieher im Braunen Netz, Hrsg.: ID-Archiv
Die NS-Kampfgruppe Mainz, Hrsg.: Ini. "Keine Freiheit den Volksverhetzern"
Neo-Nazis in Mainz-Gonsenheim. Hrsg.: VVN-BdA

PS: Am 18.3.93 wurde das Gelände der Gärtnerei Müller in Mainz-Gonsenheim vom SEK durchsucht. Neben verschiedensten Hetzschriften wurde dabei auch ein halbes Kilo Sprengstoff sichergestellt.

NEUE STAATSSCHUTZ-AKTIVITÄTEN: HAUSDURCHSUCHUNG IN HEIDELBERG

Am 5.2.93 fand bei H. in Heidelberg, der aus antiimperialistischen Zusammenhängen kommt, eine Hausdurchsuchung wegen angeblicher Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (90a, 74 StGB, 111b, 111m und 111n StPO) statt. Vorwand war ein Ende September/Anfang Oktober 1992 verteiltes Flugblatt "18.10.77 - Wir werden Euch nicht vergessen".
Im Durchsuchungsbeschluß wird behauptet, "die Ausführungen in diesem Flugblatt enthalten Behauptungen, verschiedene RAF-Gefangene seien im Auftrag des Staates ermordet worden; dies stellt eine Verunglimpfung des Staates gemäß 90a Abs.1 StGB dar." Die Durchsuchung begann um 7 Uhr und endete ca. 8.30 Uhr. Durchsucht wurden sämtliche Zimmer von H., sowie Bad und Keller.
An der Durchsuchung beteiligt waren vier Beamte des Staatsschutzes, sowie zwei Streifenbeamte und die Staatsanwältin Reich. Abgesehen hatten es die Staatsschutzbeamten hauptsächlich auf Schriftliches: Ordner, Broschüren, Zeitungen, Aufzeichnungen zu Gefangenen und der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, RAF/Front-Diskussion, Briefe von und an Gefangene, aber auch zu Palästina und Kurdistan. Nach eineinhalbstündiger Durchsuchung hinterließen sie ein heilloses Chaos und beschlagnahmten ein Flugblatt sowie einen Gummiknüppel.
Anschließend wurde H. unter Drohung der unmittelbaren Anwendung von Zwang zur ED-Behandlung auf die Wache gebracht. Hier wurde eine äußerst gründliche (sog. große) erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Begründet wurde die ED-Behandlung mit "kriminalpolizeilichen Erkenntnissen", da zu erwarten sei, daß weitere "strafbare Handlungen" begangen werden. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf laufende Verfahren.
Vorläufige Einschätzung:
Aus mehreren Gründen gehen wir davon aus, daß das eingeleitet Verfahren wegen 90a lediglich ein Vorwand für die Durchsuchung und ED-Behandlung war:
- Das Flugblatt war presserechtlich gekennzeichnet von H.
- Verteilt wurde es knapp ein halbes Jahr zuvor.
- H. arbeitet seit über 10 Jahren zu den politischen Gefangenen und in antiimperialistischen Zusammenhängen, was dem Staats schutz auch bekannt ist. Von neuen Erkenntnissen im Zusammenhang mit der Durchsuchung und ED-Behandlung kann daher keine Rede sein.
- Die Dauer und Itensität der Durchsuchung sprechen eher für eine Ausforschung von Material und Örtlichkeit, als für die "Auffindung von Beweismitteln".
- Es wurden von beiden Zimmern mehrere Fotos gemacht.
- Die ED-Behandlung wurde allgemein und nicht mit dem Grund der Durchsuchung begründet.

Da ein Staatsschutzbeamter auch danach fragte, ob ein gerade auf 2/3 entlassener Genosse sich noch im Haus befinde, kann davon ausgegangen werden, daß der Durchsuchung eine gezielte Observationvorausging.
Unserer vorläufigen Meinung nach richtet sich dieser Angriff gegen die Aktivitäten von H. zu den politischen Gefangenen und den Versuch, eine gemeinsame Diskussion über Perspektiven revolutionären Widerstands unter den veränderten Bedingungen zu organisieren. Wir halten es für notwendig, dies öffentlich zu machen, da weitere polizeiliche Maßnahmen zu befürchten sind und dies gleichzeitig ein Indiz dafür ist, daß der Staatsschutz wieder offen gegen Menschen, die sich solidarisch zu politischen Gefangenen verhalten, vorgeht.

Heidelberg im Februar 1992, Bunte Hilfe und ZL-Ini

WIESBADENER ANTIFASCHIST VERHAFTET

Am Mittwoch den 6. 1. 1993 wurde gegen 19 Uhr 30 ein Treffen von Faschisten in Mainz angegriffen. Dabei wurden 2 Autos der Nazis demoliert und einige Nazis verletzt. Bei den Faschisten handelte es sich um Anhänger der "Deutschen Alternative". Während die Polizei das Treffen einer immerhin verbotenen Naziorganisation dultete bzw. ignorierte, wandte sie einige Energie auf, noch Stunden später Straßensperren in Mainz und Umgebung zu errichten auf der Suche nach vermeintlichen AntifaschistInnen. Gegen 23.00 Uhr, also 3 1/2 h später fuhr ein Wiesbadener Antifaschist in eine solche Straßensperre auf der Schiersteiner Brücke. Er wurde sofort unter dem Vorwnd des schweren Landfriedensbruches festgenommen. Sein Auto und seine Kleidung wurden beschlagnahmt. Unser Genosse wurde ins Polizeipräsidium Mainz verfrachtet und am nächsten Vormittag dem Haftrichter vorgeführt. Richter Pohlen, bekannt als Hardliner gegen Linke, Hausbesetzer etc. ordnete Untersuchungshaft an. In seiner Begründung machte er nicht einmal den Versuch, einen Zusammenhang zwischen Festnahme und Tatvorwurf herzustellen. Die einzige Begründung war formal-juristisch Verdunklungs- und Fluchtgefahr.
Der Polizeieinsatz und das gesamte Konstrukt gegen unseren Genossen stehen unter der Regie der Staatsschutz- und Terrorismusabteilung der Mainzer Polizei.
Für uns zeigt sich einmal mehr, daß das staatliche Gerede vom "Durchgreifen gegen Rechts" pure Heuchelei ist. Politiker, Richter und Polizeifunktionäre versuchen sich durch Sonntagsreden in den Medien als Speerspitze einer antifaschistischen Bewegung darzustellen. Ihre Praxis sieht anders aus. Sie sind nicht Willens, Flüchtlinge und AusländerInnen vor faschistischen Überfällen und Pogromen zu schützen oder Naziaufmärsche und Versammlungen zu verhindern.
Sobald aber antifaschistische Aktionen den Symbolcharakter (Lichterketten) verlassen, sobald AntifaschistInnen zur Gegenwehr übergehen, setzen sie ihren gesamten Repressionsapparat in Bewegung. Ein konkreter antifaschistischer Widerstand wird sich immer auch gegen diesen Apparat durchsetzen müssen.

Wir fordern die sofortige Freilassung unseres Genossen und die sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen.

Wiesbaden, den 08. 01. 1993

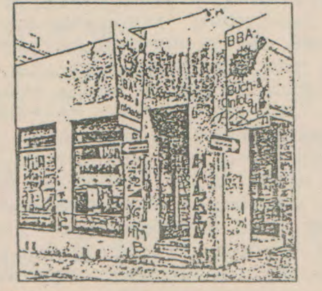
Durchsuchungen in Bremen

"... öffentliche Aufforderung zu Straftaten ..."

Am Dienstag, 9.3.93 wurden in Bremen die Jugendinitiative Sielwallhaus, der Infoladen 'Umschlagplatz' und eine Privatwohnung von den Staatsschutzschergen durchsucht. Begründet wurden die Durchsuchungen aufgrund zweier Durchsuchungsbeschlüsse von Anfang Februar '93. Darin geht es um angebliche 'öffentliche Aufforderung zu Straftaten u.a.' und um ein 'Vergehen gegen das Kunsturhebergesetz'. Auf den Tag genau vor einem Jahr haben sie (wegen den Zeitschriften "Unfassbar" und "radikal") den Laden schon einmal durchsucht.

Der Infoladen 'Umschlagplatz'

Die Aufforderung zu Straftaten bezieht sich auf Schleckies (Klebebilder) die vom Infoladen Umschlagplatz-Versand schon seit zwei Jahren bundesweit vertrieben werden. Kriminalisiert wurden sieben Motive: u.a. 'Zerschlagt die Nazibanden', welcher schon seit 1985 als Schlecki überall aufgetaucht ist, 'Laßt Pornoläden zu Asche werden', 'Sabotiert die Wahlen', 'Polizei SA/SS' der schon seit fast zehn Jahren im Umlauf ist, ferner "Randale na klar" / "Altglas sinnvoll verwenden" beide mit netten Bildern und dem Untertitel "Gegen Nazis, Bullen & Kapital!"



Im wesentlichen ging es den Schergen darum, Unterlagen zur Herstellung und des Vertriebs zu bekommen. Da der Infoladen bisher die Schleckies offen vertrieb, ist ihnen eine ganze Reihe von Schleckies in die Hände gefallen (im Wert von ca. 1000DM). Als die Bullen letztes Jahr zur selben Zeit auch schon mal anklopften, beachteten sie nicht das Schleckie-Sortiment im Laden, sondern als Vorwand diente eine Ausgabe der verdeckt organisierten Radikal.
In den letzten Jahren hat sich der Infoladen immer mehr zu einem Punkt entwickelt, wo sich interessierte Leute unter anderem staatsfeindliche Informationen besorgen können.

Das 'Vergehen gegen das Kunsturhebergesetz' bezieht sich auf Fotos, die bei der Bremer Demonstration anläßlich der faschistischen Morde in Mölln, Wuppertal und Berlin gemacht wurden. Diese Demonstration war ein Teil einer spontanen Aktionswoche. Die Bildserie dokumentiert Polizeieinsätze und -übergriffe während der Demonstration. Diese Fotos sind bereits im Dezember '92 bei einer Personalienfeststellung durch die Bullen entdeckt worden, konnten aber nicht beschlagnahmt werden. Sie wurden einem Bullen wieder entrissen und sind somit verschwunden. Seitdem vermuten die Bullen die Bilder im Sielwallhaus bzw. in der durchsuchten Privatwohnung. Bei der Durchsuchung des Sielwallhauses wurden vom SSEK, in bekannter Zerstörungswut sämtliche verschlossenen Türen und Schränke aufgebrochen. Dabei wurde ein Sachschaden von rund 10.000 DM angerichtet. Allerdings wurden keine der genannten Bilder gefunden. Während der Durchsuchungen durfte weder ein Rechtsanwalt hinzugezogen werden, noch konnte der Vereinsvorsitzende des Sielwallhauses Zugang zum Haus bekommen.
Bei den drei Durchsuchungen wurden insgesamt mehrere Kisten Aufkleber, ca. 1 Dutzend politischer Broschüren und diverse schriftliche Unterlagen beschlagnahmt.

Die Jugendinitiative 'Sielwallhaus'

Das Sielwallhaus bietet seit Jahren Raum für Gruppen, die sich mit Antifaschismus und Antirassismus sowie anderen Themen beschäftigen und auseinandersetzen. Im Haus wurde im letzten Jahr wieder ein Antifa-Café eingerichtet, regelmäßig findet eine Volksküche statt, das Café Suspekt ist ein Treffpunkt von Lesben und Schwulen und das Antirasssismus-Büro hat dort ihre Beratungsstelle, ferner treffen sich dort noch zahlreiche andere Gruppen.
An den Bullen ist es sicherlich nicht unbemerkt vorübergegangen, daß das Sielwallhaus im letzten Jahr wieder zu einem zentralen Punkt der autonomen Szene geworden ist. Das Antirassismus-Büro hat durch ständige Öffentlichkeitsarbeit auf sich aufmerksam gemacht, bei spontanen Demos sind Leute wiederholt vom Sielwallhaus losgegangen, das Antifa-Café ist ein Treffpunkt von vielen jüngeren Leuten geworden. Es ist ein Punkt, um sich nicht alleine gegen die staatlichen und die alltäglichen faschistischen Übergriffe ohnmächtig zu fühlen. Viele Leute diskutierten über Aktionen und Demos um z.B. eine antifaschistische Selbsthilfe aufzubauen, aber auch um sich einfach mal zu treffen.

Einschätzung der Durchsuchungen

Wir werten die erhobenen Vorwürfe als Vorwände, um Aktivitäten linker und unabhängiger Initiativen zu behindern und einzelne Personen einzuschüchtern.
Dieser Ort konnte nicht mehr von den Bullen in Ruhe gelassen werden. Sie mußten sich mal sehen lassen, um der autonomen Linken zu zeigen: 'Wir sind noch da.' Alles was nicht in ihre Ordnung paßt, wird kriminalisiert. Unter dem Innensenator Nispen hat sich das Klima gegen gesellschaftliche Minderheiten stetig verschlechtert. Erst waren es die Schwarzen, die im Viertel gedealt haben sollen, dann waren es die Junkies, zum Schluß wurde der Drogenstrich an der Friesenstraße militärisch zerschlagen und jetzt versuchen sich Bock und Pollach und seine Schergen Frank Hermann (Leiter der politischen 7. Inspektion) wieder an den Linken. Sie haben sich die zwei zentralen Orte, Sielwallhaus und den Infoladen, wo sie die Autonomen vermuten, herausgesucht. Denn an diesen Orten ist die autonome Szene in der Öffentlichkeit noch sichtbar. Das Sielwallhaus ist ein regionales Zentrum, der Infoladen versorgt überregional und die Stadt mit unterdrückten Nachrichten und der Versand verschickt bundesweit Schleckies. Diese gezielte und von langer Hand geplante Aktion dient als Versuch, die verbliebenen autonomen Strukturen zu behindern und sich einen Überblick zu verschaffen.
Es ist bezeichnend, daß in dieser Zeit, in der Faschisten sich immer offener organisieren und rechtes Gedankengut verbreiten, linke Zentren die staatliche Willkür zu spüren bekommen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Verfahren, sowie Rückgabe der beschlagnahmten Sachen!

Desweiteren, daß die angerichteten Schäden im Sielwallhaus von der Polizei übernommen werden!

Sowie, daß das SEK, die Inspektion 7 und besonders der Einsatzleiter Frank Hermann suspendiert werden!

ALTGLAS SINNVOLL VERWENDEN
RANDALE
Laßt Pornoläden zu Asche werden

Für den freien Vertrieb von unterdrückten Nachrichten!!!

Jugendinitiative Sielwallhaus e.V.; Infoladen Umschlagplatz; Infoladen Umschlagplatz-Versand, BBA (Bremer BI gegen Atomanlagen); Jugendantifa HB; Schwul/Lesbische Initiative Suspect, Libertäre Männergruppe; Antirassismus-Büro; Antifa-Café(Sielwallhaus); Antifa-Aktion, Autonome Antifa; Siebdruckwerkstatt; Fantifa HB, Volksküche; Werderfans gegen Rechts; Antifaplenum Gröpelingen; ZAP; Frauen Wohn- und Arbeitsprojekt Buntentor; Bremer Kampagne gegen Abschiebungen und Sammellager; ffe; Menschen aus der Roten Hilfe HB, Kurdistan Solidarität HB; Kassiber; Sound Squad; Mitarbeiter des Kulturzentrums Lagerhaus, GI8, Halkevi.

Repression in Prag

Im Zusammenhang mit der Teilung der CSFR und des dadurch entstehenden neuen tschechischen Staates versuchten die konservativen rechten Machthaber, die Opposition zu paralysieren und ihr einen präventiven Schlag zu versetzen. Der Mordversuch am Vorsitzenden der KSCM (kommunistische tschechisch-mährische Partei) geschah unter dubiosen Umständen. Man verdächtigte den Redakteur der anarchistischen Zeitung "A-Contra" Petr Wohlmut, der wegen Mordversuch festgenommen wurde. Ein gefälschtes Geständnis wurde veröffentlicht; obwohl sein Verteidiger bezeugte, daß er keines abgelegt hatte, lehnt der Sprecher des Innenministeriums ein Dementi ab. Die Eltern des Angeklagten bezichtigen das System eines "Selbstmordes" an den Inhaftierten. Die Mutter des Angeklagten ist Richterin am Obergerichtshof.
Der Erklärung des Innenministeriums zufolge steht eine 24-köpfige Gruppe hinter d.. Attentat, deren Mitglied Petr Wohlmut sein soll. In der Redaktion der "A-Contra", sowie der Wohnung des Inhaftierten wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Ebenfalls soll die Gruppe weitere Morde geplant haben. Petr Wohlmut ist der ertse politische Gefangene eines Systems, das gerade seine Macht der Freilassung politischer Gefangener verdankt. Die aktuellen Ereignisse zeigen, wie die neuen Machthaber ihre Macht stützen, nämlich wie die, die durch das Volk der CSFR gestürzt wurden. Ihre Methoden bleiben genauso kriminell und menschenverachtend, weil die alten Schweine, mit anderem Deckmantel, auch die neuen sind.

Die Prager Polizei räumte unter der Mitwirkung von Nazi-Skinheads ein besetztes Haus.

Unterstützt die Prager Besetzer, die brutal geräumt worden sind!
Das Haus in der Straße PPL. SOCHORA 28 wurde nie vorher von Skinheads gestürmt. Am 21. 12. 92 nachmittags drangen 15 Kriminalpolizisten in das Haus, um eine Hausdurchsuchung durchzuführen. Die Polizei suchte nach Waffen, filmte alle Räume mit der Videokamera. Sie nahm das Schloß von der Haustür ab, damit die nicht mehr abgeschlossen werden konnte - die Besetzer brachten dies allerdings am Abend wieder in Ordnung.
Am selben Abend trafen auf einem Konzert der Gruppe "Allkehol", die in einem Klub, der ungefähr 5 min. vom besetzten Haus entfernt lag, stattfand, ca. 150 Nazi-Skinheads und Hooligans zusammen. Ungefähr 100 von ihnen griffen gegen 22 Uhr das Haus mit Bierflaschen und Steinen an und versuchten die Tür zu zerschlagen. Im Haus hielten sich zu dieser Zeit 7 Menschen auf. Nach etwa 17 min. traf die Polizei am Tatort ein. Anstatt die Angreifer zu verjagen oder Verhaftungen vorzunehmen, zerstörten die Polizisten gemeinsam mit den Nazis die Tür und drangen in das Haus ein. Die Skinheads demolierten vor den Augen der Beamten die Einrichtung und stahlen das Privateigentum der Besetzer. In der Zwischenzeit wurden die 7 anwesenden Besetzer verhaftet. Es trafen sogar der Bürgermeistervertreter, sowie der Chef des Sondereinsatzkommandos ein.
Die Besetzer wurden nach dem Verhör freigelassen, durften aber nur das Nötigste mitnehmen. Dabei wurden sie die ganze Zeit den Schikanen der Bullen ausgesetzt (ein Besetzer wurde brutal zusammengeschlagen). Die Bullen verriegelten das Haus und ließen die eintreffenden Besetzer nicht rein. Auch am nächsten Tag durften sie nur ein paar Kleinigkeiten abholen. Das Haus wurde verriegelt und von den Bullen bewacht.
Die Mitglieder des "tschechischen Anarchistenzusammenschlusses" veranstalteten eine Pressekonferenz, leider ohne Resonanz.

Die ganze geplante Aktion wurde durchgeführt mit dem Ziel, das erste politisch besetzte Haus zu liquidieren, um unsere Strukturen zu zerstören. Die Nazi-Skins, geführt von allgemein bekannten Konfidenten, haben den faschistoiden Bullen mal wieder einen Dienst erwiesen, damit das Haus der Spekulantenfirma "Prudom" übergeben werden konnte. Im Haus gibt es kein Wasser und die Clos sind demoliert. Dies scheint erstmal das Ende des besetzten Hauses zu sein.
Doch wir geben nicht auf und lassen uns von den Bullen und Nazis nicht fertigmachen!

Brief von Wohlmuth aus dem Gefängnis (gekürzt)

Es ist sehr schwer,..., nüchtern zu versuchen, die Ereignisse der letzten Woche einzuschätzen, die, wie es scheint, weder zufällig noch normal waren. Ich wude eines Verbrechens beschuldigt, daß ich nicht begabgen habe und erkläre bei meiner Ehre, daß ich unschuldig bin. Erst jetzt, nach 16stündigem Verhör und acht Tagen Haft in Ruzyň, bin ich in der Lage, schriftlich das, was passiert ist, zu analysieren...
Am 21.12. beschuldigte man mich, Svoboda, den Vorsitzenden der KSCM, angegriffen und mit dem Vorhaben, ihn zu töten, verletzt und seine Tochter auf den Brustkorb geschlagen zu haben. Ich möchte nicht denen ins Gewissen reden, die an dieser Entscheidung beteilig waren, aber ich denke, daß ein von drei Zeugen bestätigtes Alibi und das Fehlen jeglicher Verletzungen, die dem Täter zugefügt worden sein sollen, meine Unschuld klar beweisen. Die Absurdität der Anklage ist schwer begreiflich, aber im Lichte meiner Tätigkeit, die mancher als politisch bezeichnen könnte, wird einiges klarer. Dann noch hinzurechnend, daß ich mit anderen Zeuge hartnäckiger Versuche wurde, die anarchistische Bewegung zu paralysieren und kriminalisieren (Operettenposse der Polizei am 3.9. im McDonalds, Massaker an den Demonstranten in Pardubice usw.), kann ich nicht anders, als diese Sache in politische Zusammenhänge zu stellen. Und wenn schon als nichts anderes, dann wenigstens als Reaktion auf die erbärmlichen Artikel, die über mich in der "Mlada Fronta dnes" und anderen Presseerzeugnissen erschienen sind... Die "MF" war so freundlich, zusammen mit meinem vollen Namen mein Foto zu veröffentlichen...
Aber ich muß nachdenken... Wer hat daran Interesse? Ich möchte niemenden ungrechtfertigt beschuldigen, aber handelt es sich um ein Mißverständnis(woran ich schon lange nicht mehr glaube) oder den gezielten Versuch, mein Leben, meine Freiheit und meine Arbeit zu zerstören? Es soll mir um Gottes willen keiner versuchen einzureden, daß der Fakt, daß ich Redakteur einer anarchistischen Zeitschrift bin, nichts mit alledem zu tun hat. Mit Blick auf das Strafmaß reicht mir die Mischung aus Wut und Angst, aber ich kann mich kontrollieren und werde es auch überleben, von allen Interessen, Tätigkeiten und Aktivitäten abgeschnitten zu sein...
Wir dürfen auch die anderen Seiten der Angelegenheit nicht vergessen. Mit diesen falschen Ansbhuldigungen werden die Beziehungen zwischen Anarchisten und Kommunisten sehr belastet... Aus dieser Sicht handelt es sich um einen Versuch, uns gegeneinander aufzuhetzen und auf lage Zeit selbst eine bloße Solidarisierung der oppositionellen Kräfte zu verhindern, die, wenn auch von unterschiedlichen Plattformen, sich sehr kritisch zur Politik der Regierung verhalten...Und ich sage hier:"Kommunisten, so sehr ich auch eine Reihe Vorbehalte gegen eure Tätigkeit habe, ich würde nie die Hand gegen euch erheben...Herr Svoboda, den ich als kluge Persönlichkeit schätze, ist einer der letzten, gegen die ich Antipathie hegen würde und Gewalt widerspricht ohnehin meiner Überzeugung. Laßt euch nicht einreden, daß die Anarchisten gewalttätig und mordend sind. Daran haben nur die Interesse, die unsere und eure Kritik zum Schweigen bringen wollen."...
Natürlich bin ich verantwortlich für meine Arbeit bei "A-Kontra", ich weiß, was ich gemacht habe, und wenn es auch fehlerhaft war, so war es doch richtig und meiner Überzeugung entsprechend...
...
Ich grüße alle Anarchisten, alternativen Aktivisten, Leute guten Willens ...
Mut Freunde, es lebe die Anarchie!

Ruzyn, Zelle Nr. 419, 29.12.92

Liebe Leute!

Im Herbst dieses Jahres ist eine Reise von VertreterInnen von Befreiungsbewegungen aus den USA in der BRD geplant. Konkret geht es um Leute aus der American Indians Movement (AIM), der New African Peoples Organisation (NAPO), der MLN-PR - einer puertorikanischen Befreiungbewegung und der MLN-M, einer Chicano Organisation.

Die mexikanische Movimento Liberation National-Mexikano arbeitet hauptsächlich im US-amerikanischen Bundesstaat New Mexico, in dem sehr viele Einwanderer leben. Sie halten dort ein großes Gebiet, die Tierra Amarilla seit 1986 besetzt. Ihr politisches Ziel ist die Reintegration von New Mexico und seinen Nachbargebieten in ein sozialistisches Mexiko.

Die AIM kämpft seit 1969 für die Selbstbestimmung der indianischen Völker in den USA, die Anerkennung der Verträge zwischen den indianischen Nationen und der US-Regierung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der indianischen Bevölkerung. Besonders bekannt geworden ist die AIM in Europa durch die Besetzung von Wounded Knee 1972.

Die NAPO ist eine schwarze Organisation, die für die Gründung eines eigenen schwarzen Nationalstaates (der Republic of New Africa) in den fünf südlichen Bundesstaaten Arkansas, Tennesee, Alabama, Missisippi und Louisiana eintritt. Sie haben eine eigene militärische Organisation und eine provisorische Regierung.

Die puertoricanische MLN-PR kämpft gleichzeitig in den USA und in Puerto Rico. Sie haben eigene Communities, v.A. in der South Bronx und in Chicago, wo sie eine starke Infrastruktur aufgebaut haben - Krankenhäuser, Schulen, Verlage etc. Ihre bewaffnete Organisation, die FALN gilt als die derzeit stärkste in den USA.

Zu ihren Vorstellungen für die Rundreise schreiben die Organisationen in einem Fax :

"Wir sind daran interessiert, zu erklären
- daß die USA ein föderales System ist, das von Kapitalisten für ihre eigenen Zwecke organisiert wird
- daß dieses System von einer Einwanderer-Community von Europäern beherrscht wird und eine Reihe von Nationalitäten - Natives ("Indianer"), Schwarze, Mexikanos und andere - in gesonderten geographischen Gebieten, die den Bantustans in Südafrika sehr ähnlich sind und in städtischen Ghettos leben.
- daß diese Nationalitäten unter Bedingungen leben, die denen in der Dritten Welt sehr ähnlich sind
- daß sie einen Widerstand leisten, der mitunter den Charakter von bewaffneten Aktionen annimmt
- daß der Kampf dieser Nationalitäten Selbstbestimmung und in einigen Fällen (staatl.- d.Übers.) Unabhängigkeit zum Ziel hat"

Da von den Organisationen starkes Interesse geäußert wurde, auch den Osten zu besuchen, sind wir von westdeutschen GenossInnnen angesprochen worden. Wir haben dem spontan zugestimmt, weil wir die Beschäftigung mit anderen um ihre Befreiung kämpfenden Völkern wichtig finden und weil wir darüberhinaus mehr mit anderen Leuten aus dem Osten ins Gespräch kommen wollen.
Die Diskussion geht bisher soweit, daß es eine eigene Vorbereitung/Organisation auf dem Gebiet der Ex_DDR geben soll. Was hier stattfindet - ob Infoveranstaltungen und/oder Diskussionen - hängt dabei v.A. davon ab, was wir in den einzelnen Städten wollen.
Um uns erstmal genauer über inhaltliche Fragen und organisatorische Abläufe zu verständigen, schlagen wir ein Treffen für alle Interessierten aus der Ex-DDR vor:

am 8.Mai

Genauere Zeit und Ort müßten noch zwischen uns verabredet werden. Bis zum 8.Mai könnten wir erstmal als provisorische Anlaufstelle fungieren. Unter Umständen wären wir auch in der Lage, ein paar Papiere/Kopien vorzubereiten und an InteressentInnen zu verschicken. Zu erreichen sind wir unter folgender Adresse:
"Gesellschaft zur Entwicklung direkter Demokratie e.V."
Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin , Kennwort: USA

Bis denne FIGHT THE POWER

11. bis 13. Juni Dessau: open-air-Konzert (PUNK, HC, ...)

31. März 93 Berlin: das BürgerInnennetztwerk Prenzlauer Berg läd Initiativen, Projekte, Vereine, Organisationen und Interessierte zur Diskussion über Olympia, Vermieterwilkür, und Politikerselbstherrlichkeit in die Kollwitz 66 ein.

Termine

1. Mai 93 Halle: Straßenfest
2. Mai 93 Halle: open-air-Konzert mit HEITER BIS WOLKIG

7./8. Mai 93 Aktionstage in Magdeburg: "Freiheit zur Phantasie und Phantasie zur Freiheit
7. Mai 93 Straßenfest
8. Mai 93 Demo ab Hauptbahnhof 11 Uhr

(näheres in der nächsten BZ)

KIEZFEST IN FRIEDRICHSHAIN

Anfang Juni 1993 wird im Stadtbezirk ein Kiezfest mit Live-Musik, Theater, Kinderfest, Verkaufs- und Informationsständen (weitere Vorschläge sind ausdrücklich erwünscht) stattfinden. Wir, eine Gruppe von Einzelpersonen und Menschen aus verschiedenen Initiativen Friedrichshains, favorisieren als Ort den Boxhagener Platz. Noch ist allerdings nicht klar, ob wir durch den bevorstehenden Umbau gezwungen werden, auf einen anderen Platz auszuweichen.

Wir stellen uns vor, daß sich verschiedenste Menschen beteiligen, so daß das Fest ein Spiegelbild der kulturellen, politischen und sonstigen Aktivitäten im Kiez wird. Parteien sind ausdrücklich unerwünscht!

Wir werden euch über den Stand der Vorbereitungen durch die BZ und Info-Veranstaltungen auf dem laufenden halten.

Wenn Ihr Lust habt euch zu beteiligen, könnt Ihr Euch schon jetzt direkt an uns wenden:

FIPS Tel.:0161/2345039 (Funktelefon)
oder
Ossi, Jessnerstraße 41 (evt. Nachricht hinterlassen)



Tante Erika verrät die Lösung ihres Rätsels aus der BZ von 15.2.
(für alle, die's noch nicht wissen)

1. Revolution
2. Organisation
3. Neonazi
4. ego
5. Wizo
6. NA
7. Italien
8. Mut
9. satt
10. Latte
11. Attila
12. ETA
13. OI
14. Dotter
15. anziehen
16. RZ
17. Sinn
18. Onanie
19. Eton
20. NN
21. Anarchie
22. Mahl
23. Ahle
24. chic
25. PC
26. Piece
27. AN
28. AL
29. Isis
30. Rose
31. nie
32. cal
33. Angst
34. Wossi
35. iota
36. Ossi
37. Attrappe



692 15 99 + 786 59 17

Wir, das Antifa-Info-Telefon, wollen vor allem im Raum Berlin-Brandenburg den antifaschistischen und antirassistischen Informationsaustausch unterstützen.

Über die Tel.-Nr. 692 15 99 (Anrufbeantworter) könnt Ihr die aktuellsten Veranstaltungshinweise (Demos, Diskussionen, Filme usw.) abfragen.
Wenn Ihr es geschafft habt, bis zum Piepston vorzudringen, habt Ihr die Möglichkeit, eine Nachricht zu hinterlassen.

Bei aktuellen Meldungen, z. B.:
- antifaschistischen u. antirassistischen Aktionen und Terminen
- faschistischen u. rassistischen Übergriffen und Aktivitäten

ruft doch bitte die Telefon-Nr. 786 59 17 (Anrufbeantworter) an. Außerdem könnt Ihr uns unter dieser Telefon-Nr. jeden Mittwoch von 17.00 - 20.00 Uhr persönlich erreichen.

Unsere Postadresse ist übrigens:
Antifa-Info-Telefon
c/o Buchladen O-21
Oranienstr. 21
1000 Berlin 36

Um unsere Telefonrechnungen etc. bezahlen zu können, sind wir auch dringend auf Eure Spenden angewiesen. Spenden können auf das Konto der Antirassistische Initiative e. V.
Stichwort Antifa-Info-Telefon (*nicht vergessen* !!)
Konto-Nr. 303 96 00
Bankleitzahl 190 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
überwiesen werden.
Die Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Wir sind so gut, wie Ihr uns macht, darum unterstützt das AIT!

Dienstag, 30.3.93, 21 Uhr:
"Wie man Morde verkauft - Eugenik im 3. Reich"

Im Faschismus waren es "Propagandafilme", die - mit den Theorien der Eugeniker - die Massenvernichtung der "Nicht-Normalen" vorbereitete. Damals wurde das Objektiv der Kamera durch die Nazis umfunktioniert zum "gesellschaftlichen Auge", zum Glasauge der Gesellschaft. Eine Dokumentation über die Euthanasie in der NS-Propaganda. (Großbritannien, 45 Min.)

Donnerstag, 1.4.93, 21 Uhr:
"Shoah - Teil 4"

"Der Holocaust ist entweder Legende oder Gegenwart, keinesfalls kommt ihm der Rang einer Erinnerung zu. Mein Film ist ein Gegen-Mythos, d.h. eine Untersuchung über die Gegenwärtigkeit des Holocaust oder wenigstens über eine Vergangenheit, deren Narben, im Bewußtsein wie am Tatort, noch unverheillt und lebendig sind, daß sie als sinnestäuschende Zeitlosigkeit wahrgenommen wird" (Claude Lanzmann). Der Film versucht, die Mechanismen der Vernichtung zu verstehen und läßt Beteiligte schildern, wie der Versuch eines Widerstandes organisiert wurde. (Frankreich 1985, 140 Min.)



Wirken faschistischer Aktivitäten in unserer Umgebung

Drohungen, Prügeleien, faschistische Sprüche und Symbole tauchen immer öfter auf.
Was ist eigentlich in unseren Schulen, Clubs oder Projekten los?
Wir wollen einen Austausch über die Situation unter Jugendlichen anregen.

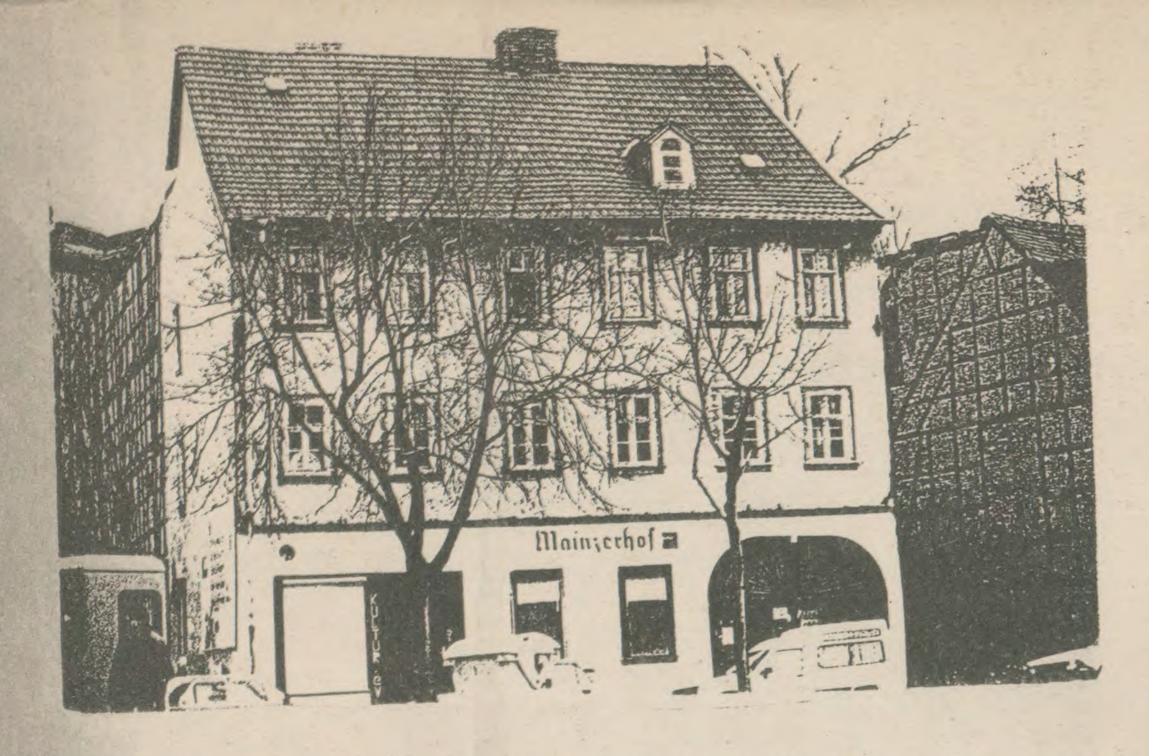
HEIM INS REICH

oder wohin geht die Reise ?

vorbereitet von:
AntiFa-Infoblatt, Live-Club e.v., EPIS, AntiFa-Jugendfront, KvU, autonome AntiFa-Gruppen

Live - Club
Mi, 31.3.93, 19.00 Uhr

Veranstalter: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Schliemannstr. 22, Berlin, 1058



vom leben, das wir leben, zum leben, das wir lieben